

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16
Fernsprecher S.-U. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostgesetzliste
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgelandt

... aber die Arbeitslosen sind zu teuer

Welches war doch der wichtigste, der ausschlaggebende Grund, weswegen den Arbeitslosen der Bissen Brot vom Munde weggeschlagen werden soll? Die Armut des Vaterlandes. Wir sind ein verarmtes Volk, wir können es uns nicht leisten, Jahr für Jahr aus der Reichskasse ein paar hundert Millionen Mark Zuschuß an die Arbeitslosenversicherung zu zahlen. So heult, so zetert, so wütet die gesamte bürgerliche Presse seit Monaten.

Nun ist es wirklich kaum noch nötig zu beweisen, daß dieses Gerede eine schamlose Heuchelei ist. Schon deshalb, weil durch „Ersparnisse“ bei der Arbeitslosenunterstützung die Reichskasse gar nicht entlastet wird. Am 20. August hat der Präsident des deutschen Städtetages, Herr Elsh, im Reichstagsausschuß mitgeteilt, daß allein die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern im letzten Jahr rund 1200 Millionen Mark Armenunterstützung ausgezahlt haben, und daß dies bare 250 Millionen Mark mehr waren als ein Jahr zuvor. Woher das wohl kommen mag? Eine dumme Frage, die keinen denkenden Menschen irreführen wird. Die fortgesetzte wachsende Arbeitslosigkeit und die ebenso fortgesetzte Entziehung von Arbeitslosenunterstützungen, die unter allen möglichen Vorwänden ja schon lange geübt wird, hat ein wohlgerichtetes Maß von Schuld daran. Wird nun den Arbeitslosen noch mehr abgetrappt, dann muß die Armenunterstützung noch mehr anwachsen, und letzten Endes fließt alles aus derselben Kasse; denn die Finanzen der Länder und Gemeinden werden in der Hauptsache aus den Zuweisungen des Reiches gespeist. Es steht also fest: was die Reichskasse etwa auf der einen Seite an den Arbeitslosen spart, das wird sie auf der andern Seite als Armenunterstützung wieder ausgeben, und man soll uns nur nicht verschwindeln wollen, daß die bürgerlichen Parteien das nicht ganz gut wissen.

Aber sehen wir einmal den Fall, wie gläubten ehrlich an die Not der Reichskasse, wie kommt es denn, daß Unternehmer und andere hochmögliche und besitzende Leute die Reichskasse fortwährend begannen? Die Beschuldigung stammt nicht von uns, sondern sie wird von berufener amtlicher Stelle erhoben. Ende vorigen Jahres hat der Reichsfinanzminister Dr. Gilsbering dem Reichstag eine Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches vorgelegt (Drucksache Nr. 549 von 1928), aus der man wieder einmal die erstaunlichsten Dinge erfährt. So zum Beispiel wird aus dem Bereich der besetzten rheinischen Gebiete mitgeteilt (S. 15):

„Bei den Reichsvermögensämtern Krefeld und Trier war es noch nicht möglich, die Rechnungsprüfung für 1928 und 1924 reiflos zu beenden, da ein Teil der Unterlagen, die aus Anlaß von schwebenden Strafverfahren wegen zahlreicher bei der Ausführung von Bauten und Lieferungen vorgekommener Fälle von Betrug, Urkundenfälschung und Bestechung gerichtlich beschlagnahmt waren, dem Rechnungshof noch nicht zur Prüfung vorgelegt worden ist.“

So, ja! Ei, ei! Da hat also im besetzten Gebiete ein Teil der Unternehmer — denn andere Leute können keine Bauten und Lieferungen für das Reich übernehmen — das teure Vaterland gleich massenhaft zu betrügen versucht und wohl auch wirklich betrogen. Das gehörte vermutlich auch mit zu jenem „gigantischen Kampf ohne Waffen“, den eine andere Denkschrift über die „Not der besetzten Gebiete“ (siehe Metallarb.-Ztg. Nr. 24) „als das herrlichste Kapitel deutscher Geschichte zu preisen“ dem künftigen Geschichtsschreiber empfohlen hat? Hier erfahren wir einmal, wie der „betriebslose Gelderwerb“ in Wirklichkeit aussieht, mit dem die Unternehmer im besetzten Gebiete die „baterländischen Belange“ verteidigt haben. Der Rechnungshof hat nämlich den Versuch gemacht, wenigstens von den verurteilten Betrüggern Schadenersatz für das Reich herauszuholen. Das gelang ihm aber sehr daneben. Denn (S. 16):

„Diese Schadenersatzansprüche gründeten sich in der Hauptsache darauf, daß Unternehmern zu hohe Abschlagszahlungen gewährt worden waren.“ Aber: „In vielen Fällen war es unmöglich, den Schaden des Reichs differenziell festzustellen und gerichtlich mit Erfolg geltend zu machen, weil fast durchweg die dazu benötigten Unterlagen beseitigt waren.“

Dunckerhagel noch einmal! Da muß also die Schröpfung des Reiches richtig großzügig organisiert gewesen sein! Da müssen maßgebende Beamte mit den Unternehmern unter einer Decke gesteckt haben! Wer sonst kann den Unternehmern zu hohe Abschlagszahlungen gewähren? Wer sonst kann die Akten verschwinden lassen? In der Tat, oben war ja auch von Bestechungen die Rede. Man sieht, wozu die Unternehmer Geld haben, obgleich ihnen für Steuern und für Arbeitslosenunterstützung jeder Pfennig zu viel ist. Man bekommt aber auch eine leise Ahnung, wo die Ebbe in der Reichskasse herrührt, wenn man vom Rechnungshof (S. 16) erfährt:

„Bei der Prüfung der Rechnung für 1924 des Reichsvermögensamts Krefeld wurde eine Überzahlung an einen Wägereiunternehmer in Höhe von schätzungsweise 200 000 M festgestellt.“

Ein einziger Unternehmer hat in einem einzigen Fall 200 000 M zu viel getriegt! Und wiederzuholen ist nichts. Mit welcher offeneren Geschwindigkeit kämen da die 300 Millionen heraus, die die Arbeitslosen angeblich zu viel kosten! Denn man muß nicht denken, daß nur die Wägereiunternehmer ihre Vaterlandsliebe durch Schröpfung des Vaterlandes erwiesen:

Für verschiedene vom Reich gemietete Dienstgebäude waren die Friedensmieten zu hoch angesetzt... Allein in einem Fall hat das Mietvertragsamt eine auf 20 000 M festgesetzte Friedensmiete auf 6500 M herabgesetzt.“

Auch ein Geschäft, das sich lohnt, die Miete dreimal so hoch anzugeben, als sie wirklich war. Alle, alle haben sie sich aus der Reichskasse spiden lassen. Gehen wir aus dem besetzten Gebiete über in die jetzt so gefeierte Flugzeugindustrie. Da sollten bei Bestellungen des Reiches grundsätzlich keine Anzahlungen gemacht werden; wo sie sich ausnahmsweise nicht umgehen ließen, sollten sie mit 1 vH über Reichsbankdiskont verzinst werden. (Das wären im Jahre 1925, für das der Bericht gilt, 10 vH Zinsen gewesen.) Statt dessen erzählt der Rechnungshof (S. 26):

„Im Gegensatz hierzu hat der Reichsverkehrsminister bei Aufträgen auf Fluggerät in der Regel unverzinsliche Anzahlungen in Höhe von 50 vH des Bestellungspreises bewilligt.“

Welche Summen mögen hier allein an Zinsen den Unternehmern geschenkt worden sein! Der Rechnungshof nennt keinen Betrag. Aber darüber hinaus sind noch „sehr häufig“ auf andere Art den Unternehmern Zinsen geschenkt worden: Das Reich wendete verzinsliche Darlehen in Beihilfen oder Aufträge um und verzichtete auf die bis dahin aufgelaufenen Zinsen. Wie großzügig kann doch „das Reich“ (das heißt der jeweilige Herr Minister) sein, wenn es sich um Unternehmer und nicht um Arbeitslose handelt!

Sicherlich sind auf solche Art Riesensummen verschwendet worden, aus denen sich der Fehlbetrag der Arbeitslosenunter-

stützung dreimal aufbringen ließe. Und die bürgerliche Presse redet keinen Ton davon. Trotzdem die Denkschrift schon am 1. Dezember 1928 herausgekommen ist.

Es sei noch eine kleinere Sache angeführt, die finanziell vermutlich weniger ins Gewicht fällt, aber den Geist kennzeichnet. Auf S. 19 der Denkschrift erfahren wir, daß gewisse Offiziere vom Wehrminister „aus der Zahl der vorhandenen Truppendienstpferde“ ein zweites Pferd zugewiesen erhalten können. Aber:

„Der Reichswehrminister hatte allen in Betracht kommenden Offizieren dauernd gestattet, als zweites Pferd ein eigenes Pferd einzustellen, obwohl genügend Truppendienstpferde zur Verfügung standen. Durch diese Maßnahme ist die Zahl der zu Lasten der Reichskasse zu verpflegenden Pferde erheblich über den Bedarf hinaus erhöht worden.“

Und jedes Pferd kostet monatlich 40 bis 50 M. Wie doch der Herr Reichswehrminister nett und freundlich sein kann — gegen die Offiziere. Da werden für ein Pferd ohne weiteres 40 bis 50 M monatlich auf Kosten des Reiches hingeschmissen. Für den Arbeitslosen aber sind 66 M im Monat für einen Menschen, ja für eine ganze Familie offenbar zu viel. Geschicht ihnen recht, warum sind sie nicht Offiziere geworden! S h l u s.

Wie Minister Wissell reden müßte

Ein vorgezeichneter Sitzungsbericht etwa Mitte September 1929.

Meine Damen und Herren! Leider kann ich nicht für das gesamte Kabinett sprechen, aber für mich und meine drei Ministerkollegen darf ich folgende Erklärung abgeben: (Hört, hört! rechts.) Ja, hören Sie nur gut zu, es kann Ihnen nichts schaden. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie können keinem Sozialdemokraten zumuten, einer Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung das Wort zu reden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir haben seit langem für diese Verschlechterung gekämpft. Nachdem das Gesetz kaum zwei Jahre alt ist, kann heute noch nicht gesagt werden, ob es sich bewährt hat. Sie wollen doch nicht die Ausnahme des letzten Winters als Präzedenz benutzen, so wenig wie Sie eine Choleraepidemie als Maßstab für die Krankenversicherung betrachten können. (Zuruf rechts: Auch ein Vergleich.) Sie (nach rechts) wollen ja nur die Ihnen unangenehme Gewerkschaften als Ganzes treffen. Insbesondere werde ich mich aber gegen eine Benachteiligung der Saisonarbeiter. Was heißt übrigens: Saisonarbeiter? Wenn Sie wollen, gibt es in jedem Beruf eine stille Zeit. Wie wollen Sie konjunkturelle und durch Bitterung bedingte Arbeitslosigkeit trennen? Ich war erköhntert von dem Material, das gerade Bauarbeiter, Dachbeder, Fabrikarbeiter zusammengetragen haben. Eine Sonderbehandlung halte ich für das größte Unrecht. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Es ist auch sozial undenkbar, die Unterstützung nach der Zahl der Arbeitswochen zu bemessen. Sie wollen doch nicht, daß gerade der, der von der Macht der Arbeitslosigkeit am härtesten getroffen wird, am schlechtesten unterstützt werden soll. Das ist ungefähr das gerade Gegenteil von Sozialpolitik. (Lebhafte „Sehr richtig!“ links.) Zuruf rechts: Der fleißige Arbeiter muß belohnt werden. Da sehen wir an diesem Zuruf, daß bei Ihnen Arbeitslosigkeit mit Arbeitslosenverversicherung nicht bewertet. Könnten wir genug Arbeit beschaffen, wären Hunderttausende von Arbeitslosen sehr froh. Die Saisonarbeiter gingen vor dem Krieg in andere Berufe, in die Industrie, den Handel, in das Kleinhandwerk. Das gibt es doch heute nicht mehr, ganz abgesehen davon, daß die Weltnot und die Technik gerade im Baugewerbe die „Saison“ verbreitert und vervierfacht hat. Wollen Sie diesen bedauernswerten Arbeitern das noch besonders dadurch vergelten, daß Sie sie schlechter behandeln als die übrigen Arbeitslosen? (Zuruf: Sie verdienen doch auch

mehr.) Ach, meine Damen und Herren, dieses Mehr reicht ja oft kaum aus, die unfreiwilligen Feier- und Regentage im Sommer zu bedenken.

Meine Damen und Herren! Wie dem aber auch sei, sozialdemokratische Minister werden nie ihre Stimme zu einem Abbau geben. Eine Reichsregierung hat das Gesetz geschaffen. Wir sollen es verwässern? Nein! Wie ich schon eingangs erwähnte: Dazu bekommen Sie unsere Stimme nicht. Von der Regierung wird so viel Geld bewilligt für alle möglichen Notstände. Warum nicht auch jedes Jahr einige Millionen für die Kriegsfolgen in der Form von Arbeitslosigkeit? Ich bin darin mit meinem Kollegen Gilsbering einer Meinung: Dafür muß Geld da sein; kein schaffes wir es nicht, dann muß es in den Gemeinden doch beigebracht werden. Dann werden eben die Gewerbe-, Umsatz- und anderen Steuern erhöht und Sie (nach rechts) zahlen es dann auf diesem Wege. Wir müssen die Arbeitslosen unterstützen; diese Pflicht legt uns die Verfassung auf!

Zum Schluß nur das eine: Mängel wollen wir abstellen, zum Beispiel den Arbeitsnachweis besser ausbauen, Kontrollen verschärfen, unberechtigtes Bezahlen der Arbeitslosenunterstützung unterbinden, zum Beispiel auch, daß viele Fabriken einfach wochenlang schließen und die Arbeiter auf die Arbeitslosenunterstützung verdrängen. (Lärm rechts.) Ja, dagegen wehren Sie sich; das ist nämlich auch Saisonarbeitslosigkeit. (Erneuter Lärm.) Viele Arbeitgeber verlassen sich da ganz auf die Arbeitslosenunterstützung. Wie gesagt — alle diese Schäden zu beseitigen und den Rest durch eine Beitragserhöhung hereinzuholen, das wollen wir gern. Aber: die Hände weg von der Verschönerung! Hier werden wir auch keinen Fußbreit nachgeben. (Zuruf rechts: Fort mit der Regierung!) Versuchen Sie es. Ich könnte mir keine bessere Wahlparole denken, als einen frischfröhlichen Kampf um die Sozialpolitik. (Beifall links.) Aber das kann ich Ihnen sagen: Wir kehren reißiger wieder! Dann werden Sie aber Ihr blaues Wunder erleben. Wollen Sie diesen Versuch wagen? Bitte! Wir leben nicht an den Ministerstühlen; für eine Verwässerung der Sozialpolitik insbesondere sind Sie uns nicht wertvoll genug.

Nun beschließen Sie. Ich weiß mich mit der ganzen Sozialdemokratie, mit den Gewerkschaften, ja, mit der gesamten Arbeiterschaft eins, wenn ich sage: Mit uns werden Sie keine Verschönerungen machen. Ohne uns? Dann werden Sie etwas erleben! (Lebhafte Beifall bei den Soz.) (Aus der Dachbeder-Zeitung.)

33 Prozent Dividende!

In Deutschland geht es den Herren Unternehmern befanntlich hundsmissig ab. Wäre es anders, es würden nicht so viele deutsche Unternehmer arbeitslos die Badoerte und die Autostraßen bewältigen. Noch ärger muß das Glend der Unternehmer sein, die so freundlich sind, uns mit Druckpapier zu versorgen. Um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, haben sie sich in zwei Organisationen zusammengeschlossen, die eine ist der Verband der deutschen Druckpapierfabriken, der 80 vH der Fabrikanten umfaßt, der Rest ist in dem Verband ringfreier Druckpapierfabriken vereinigt. Obwohl die Fabrikanten getrennt marschieren, schlagen sie vereint — auf die Tasche der Verbraucher, und das nicht zu knapp. Wer Papier haben will, der muß den Preis der Papierfabriken zahlen, da sie sich das Monopol gesichert haben.

Nun könnten die Verbraucher, um der Schröpfung durch ihre fleischen Banden von Papierfabrikanten zu entgehen, sich den Bedarf vom Auslande decken lassen. Um das unmöglich zu machen, haben sich die Herren einen hohen Zoll auf ausländisches Druckpapier von unserer Seefahrt besorgen lassen. Dadurch ist das eingeführte Papier um 25 vH teurer. In der Praxis heißt das: auf dem Weltmarkt kostet das Papier 26 bis 27 1/2 das Kilo, in Deutschland aber 31 bis 33 1/2. Folgedessen ist es den deutschen Papierfabrikanten möglich, außer dem gewöhnlichen Gewinn noch einen ganz fetten Sonderprofit zu machen. Da der Wert des in Deutschland verkauften Papiers etwa 120 Millionen Mark beträgt und die deutschen Papierfabriken den deutschen Verbraucher 15 bis 20 vH über den Weltmarktpreis abnehmen, so machen sie etwa 18 Millionen Mark Sonderprofit.

Ganz nett, nicht wahr? Aber das ist noch nicht alles. Die Herren Papierfabriken erzeugen 130 000 Tonnen Papier mehr, als in Deutschland verbraucht wird. Diese 130 000 Tonnen schaffen sie auf den Weltmarkt. Dort müssen sie natürlich zu den Weltmarktpreisen verkaufen, nein, sie verkaufen noch unter diesem Preis, um die Wettbewerber zu schlagen. Was sie dabei weniger erhalten, holen sie durch Übererteilung der deutschen Verbraucher mehrschach wieder ein.

Inbessen geht die eintönliche Geschichte des Papierfabrikantenartikels noch lustiger weiter. Durch einen Sitzungsberleger

Aus dem Inhalt

Seite	
289	... aber die Arbeitslosen sind zu teuer — Wie Minister Wissell reden müßte — 33 Prozent Dividende
290	Der neueste Beutezug — Rationalisierungserfolge bei Gritzner
291	Technische Fortschritte in der Milchwirtschaft
292	Die bessere Gesellschaft und der Prolete — Menschenjagd auf dem Montmartre
293	Auf steinigem Wege, aber immer aufwärts! — Lehrlings- und Berufsfragen im Elektroinstallateurhandwerk
294	Droht wirklich Facharbeitermangel? — Unterstützungsrichtungen der amerikanischen Metallarbeiter
295	— Lohnverträge der tschechischen Metallarbeiter — Lohnverträge der Metallarbeiter in Italien
296	Ein Geschwür am Wirtschaftskörper

Rationalisierungserfolge bei Grigner

Um die Hälfte verminderte Belegschaft — trotzdem erhöhter Umsatz

Von Julius Fries

Die Maschinenfabrik Grigner AG. mit dem Sitz in Durlach (Baden) beschäftigte im Jahre 1924 3600 Arbeiter und Angestellte. Das waren 100-mehr als im letzten Vorkriegsjahr. Während 1924 noch ein Umsatz von 12,27 Millionen Mark erzielt wurde (gegen 12,80 Millionen Mark im Jahre 1913), konnte im Jahre 1925 mit einer zunächst nur um 100 Köpfe verminderten Belegschaft der Umsatz auf 14,33 Millionen Mark gesteigert werden. Im Jahre 1926 wurde mit der damals mit einem Schlage auf 2100 Köpfe verminderten Belegschaft zunächst nur ein Umsatz von 9,18 Millionen Mark erzielt. Die Verwaltung sah daraufhin wohl ein, daß sie mit dem Abbau der Belegschaften wieder auf 2900 — mit dem Erfolge, daß ein Umsatz von 12,03 Millionen Mark erzielt wurde. Im Jahre 1928 wurden wieder 300 Arbeiter weniger beschäftigt, der Umsatz stieg aber trotzdem um 450 000 M. Wir haben also heute die Tatsache zu verzeichnen, daß bei einer Belegschaftsstärke von 2600 ein höherer Umsatz erzielt wurde als 1924 mit 3600 Belegschaftigen. Anfang des laufenden Jahres wurde die Zahl der Beschäftigten weiter auf 2300 vermindert, womit der niedrigste Stand von 1926 fast wieder erreicht ist.

Die Gesellschaft wurde im Jahre 1872 gegründet und besteht als Aktiengesellschaft seit dem Jahre 1886. Im Jahre 1902 hatten bereits eine Million Grigner-Nähmaschinen die Werkstätten verlassen, 1910 waren schon zwei Millionen abgesetzt. Heute soll sich die Zahl der Nähmaschinen auf rund dreieinhalb Millionen belaufen. Neben Nähmaschinen werden auch Fahrräder hergestellt, doch werden hier Angaben über die Höhe der Produktion und des Umsatzes nicht gefordert gemacht. Im Jahre 1912 wurde eine besondere Abteilung für die Herstellung von Nähmaschinen für das Schuhmacher-Handwerk eingerichtet. Die Gesellschaft hat ferner eine besondere Abteilung für die Herstellung von Nähmaschinenmöbeln, eine eigene Feinmechanikerei und eine eigene, 1925 neugebaute Viehzucht mit 4 Kupaufen.

1913 arbeitete die Maschinenfabrik Grigner AG. mit einem Aktienkapital von 4,5 Millionen Mark. Während der Geldentwertung wurde das Kapital nur in verhältnismäßig geringem Umfange, und zwar auf 21 Millionen Papiermark erhöht. Bei der Umstellung auf Goldmark aber kam man zu dem Entschluß, das Kapital fast um die Hälfte höher zu bemessen als 1913. Seit 1924 arbeitet die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 6,5 Millionen Mark Stammaktien und 5000 M. Vorzugsaktien. Diese lauten auf je 5 M. (!) und gewähren 15 000 Stimmen, während die 6 300 000 M. Stammaktien in Stücke von 300 M. eingeteilt sind, also nur 2100 Stimmen haben. Dies nebenbei.

Im Jahre 1913 wurde bei einem Kapital von 4,5 Millionen Mark eine Dividende von 18 % verteilt. Selbstverständlich ist es schwierig, für das um die Hälfte erhöhte Kapital eine gleich hohe Rente zu erarbeiten. Trotzdem gab es 1924 und 1925 den für diese Jahre ungewöhnlich hohen Dividendenatz von 10 % bis 12 %. Für das Jahr 1926 mit dem infolge alljährlicher Verringerter Belegschaft erheblich verminderten Umsatz gab es nur eine Dividende von 7 %. Für 1927 aber wurden sogar 11 % Dividende verteilt. Für das Jahr 1928 hat die Verwaltung die Dividende zur Abwechslung wieder erheblich, und zwar auf 6 % herabgesetzt. Zur Abwechslung sage ich, weil ein zwingender Grund nicht ersichtlich ist. Der Geschäftsbericht stellt nur fest, daß eine Umsatzsteigerung um 450 000 M. erzielt wurde, glaubt aber hinzuzufügen zu müssen, daß, nachdem im letzten Geschäftsbericht der Umsatz der ersten Monate des neuen Jahres als befriedigend bezeichnet wurde, die weitere Entwicklung den Erwartungen nicht entsprechen hat. Die Produktion im Frühjahr war wesentlich höher als die Aufnahmefähigkeit des Marktes. Weiter findet sich im Jahresbericht die Bemerkung, daß auch der Umsatz in Nähmaschinen, der etwa 85 % des Gesamtumsatzes ausmacht, sich nicht so entwickelt habe, wie man dies besonders im Hinblick auf die gute deutsche Ernte glauben annehmen zu dürfen. Der Zusammenhang zwischen der Ernte und den Nähmaschinen bleibt rätselhaft.

Als Fabrikationsgewinn werden diesmal trotz des erhöhten Umsatzes 1,32 Millionen Mark ausgewiesen gegen 1,67 Millionen Mark im Vorjahre. Als Unkosten werden 20 000 M. mehr als das letzte Mal, nämlich 613 000 M. gegen 593 000 M. angegeben. Darin sind die Ausgaben für die Löhne natürlich nicht enthalten. Im Geschäftsbericht heißt es hierzu, daß die Lohn- und Gehaltssteigerung im April 1928 einen Mehraufwand von

400 000 M. gebracht habe. Die Belastung des Wertes durch Steuern und soziale Abgaben habe sich im abgelaufenen Geschäftsjahre wieder erheblich gesteigert und rund 1 Million Mark, das seien 265 % der vorgeschlagenen Dividende betragen.

Das hört sich fürchtbar an, bedeutet doch aber nichts anderes, als daß Steuern und soziale Abgaben zusammen ein Zwölftel oder 8 % des Umsatzes betragen haben. In der Gewinn- und Verlustrechnung finden wir keine Zahlen hierüber, sondern nur eine Angabe über die Höhe der Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude, die etwas höher als im Vorjahre mit 87 500 M. höher als das letzte Mal mit 243 000 M. ausgewiesen werden. Erwähnt sei, daß auch hier der Grundbesitz, der 1913 erst 120 950 Quadratmeter umfaßte, trotz Erweiterung auf 152 300 Quadratmeter nur mit 2,74 Millionen Mark heutigen Wertes (2,46 Millionen Vorkriegsmark im Jahre 1913) zu Buche steht. Der Maschinenpark, worunter allein 376 Drehbänke, 153 Revolverdrehbänke, 146 Automaten, 720 Fräsmaschinen, 654 Bohr- und Schleifmaschinen neben weiteren hunderten Holzbearbeitungs- und sonstigen Maschinen, steht jetzt mit 1,59 Millionen Mark zu Buche gegen 1,28 Millionen Mark im Jahre 1913. Werkzeuge, Fuhrpark und Patente stehen wie schon 1913 nur mit Wertposten von je einer Mark zu Buche.

Die Vorräte werden in der jüngsten Bilanz mit 4,84 Millionen Mark bewertet, also um rund 700 000 M. höher als im Vorjahre. Außenstände waren Ende 1928 genau 2 886 000 M. vorhanden. Ob in diesem Posten Bankguthaben enthalten sind, ist nicht ersichtlich. Beachtenswert ist aber die Steigerung dieses Postens von 748 000 M. Anfang 1924 auf 1,92 Millionen Mark Ende 1926, auf 2,6 Millionen Mark Ende 1927 und um weitere 286 000 M. in der jüngsten Bilanz. Die andere Seite der Bilanz weist als auffälligsten Posten eine Steigerung der Schulden um das Doppelte auf. Ende 1927 standen Forderungen von Lieferanten mit 1,76 Millionen Mark zu Buche, während dieser Posten jetzt mit 3,41 Millionen Mark ausgewiesen wird. Mangels jeglicher Erläuterung außer der Angabe, daß hierin 115 000 M. für Anzahlungen der Kundschaft enthalten sind, müssen wir annehmen, daß hierunter wohl in beträchtlichem Umfange Bankschulden sind, die aufgenommen sind, um weitere Modernisierung des Maschinenparks durchzuführen. Hier haben wir dann auch wohl den Grund für die Verabfolgung der Dividende. Der gesetzliche Reservefonds beträgt, wie schon in den letzten beiden Jahren, wieder 1,1 Millionen Mark, also fast 20 % des Aktienkapitals.

Die Gesellschaft unterhält zwei sogenannte Wohlfahrtsfonds, getrennt für die „Beamten“ und für die Arbeiter, außerdem einen mit 35 000 M. in der Bilanz erscheinenden Fond für die Errichtung einer „Leinwandfabrik“. Daneben besteht eine „Familie Grigner-Stiftung“, die über ein Vermögen von 250 000 M. verfügt. Den beiden erstgenannten Fonds wurde im Jahre 1927 ein Betrag von zusammen rund 105 000 M. zugewiesen, 1928 aber nur 17 000 M. Für Zwecke der Kleinkinderbewahranstalt waren 1927 noch 5000 M. verfügbar, 1928 wird eine Zuweisung für diesen Zweck nicht ausgewiesen. Eingebend des Wertes: „Für euch der Pfennig — für sie die Mark!“ wollen wir sehen, wie es um die Aufsichtsratsratsantienmen steht.

Seit Jahren werden für diesen Zweck die Zuwendungen nicht ausgewiesen. Niemand aber wird annehmen, daß man etwa im Vorjahre bei Zahlung einer Dividende von 11 % die Herren vom Aufsichtsrat vergessen hat. Die entsprechenden Beträge sind — wie der Geschäftsbericht selbst allerdings ohne Nennung von Zahlen zugibt — vor Ausweis des Fabrikationsgewinnes abgebucht. Der Aufsichtsrat besteht aus 7 Personen, darunter zwei Vertretern des Bankhauses Witt & Homburger, Karlsruhe, zwei Direktoren der Rheinischen Kreditbank, Mannheim, einem Direktor der Darmstädter- und Nationalbank, einem Mitglied der Grindersfamilie und Herrn Carl Hentell, Inhaber der bekannten Seiffirma. Sahnungsgemäß stehen diesen sieben Herren alljährlich 10 % Zinstiteme zu dem Betrag, der vom Reingewinn übrig bleibt, nachdem den Vorzugsaktien ihre verbürgten 6 % und den Stammaktien mindestens 4 % gezahlt sind. Von dem diesjährigen Reingewinn würden nach diesen beiden Ausschüttungen 362 000 M. übrig bleiben, so daß den Aufsichtsräten 36 200 M. zustehen, also jeder rund 5200 M. bekommt. Auf neue Rechnung wird ein Betrag von 219 000 M. vorgetragen, womit die Hälfte der diesjährigen Dividende für das nächste Jahr bereits vorhanden ist.

ist, wie die Rheinische Zeitung berichtet, bekannt geworden, daß der Verband der deutschen Druckpapierfabrikanten in den Jahren 1924 und 1925 Bilanzen veröffentlichte, die große Verluste aufzeigten. Dagegen hat sich ein Mitglied des Verbandes gemeldet und dem Vorstand die Entlastung verweigert. Weiter wies dieser Widerspruch nach, daß in den beiden Jahren (1924/25) Verluste überhaupt nicht vorhanden waren, wohl aber ein Reingewinn von 8 Millionen M. d. d. L., und das bei einem Aktienkapital von nur 900 000 M. Unter dem Druck dieser Feststellungen hat dann der Verband beschlossen, aus den im stillen aufgehäuften Reserven im folgenden Jahre eine Dividende von nicht weniger als 330 % zu zahlen, außerdem wurde das Kapital verdreifacht und den Kartellmitgliedern neben der Dividende noch ein Sondergewinn (Gratifikation) überreicht. Das Geheimnis dieses fabelhaften Gewinns liegt darin, daß zwischen den Verkaufspreisen und den Berechnungspreisen mit den Werken ein erheblicher Unterschied, man spricht von 3 bis 5 das Kilo, besteht. Dadurch flossen dem Kartell mindestens 16 Millionen Mark im Jahre zu.

Über haben wir nicht eine Aufsichtsbehörde, die den Preisbereichen der Kartelle einen Riegel vorschieben soll? Natürlich haben wir eine solche Aufsichtsbehörde im Reichswirtschaftsministerium. Wie sie gegen das Papierkartell eingeschritten ist, läßt sich an der obigen Darlegung erkennen. Das einfachste wäre, den Zoll auf Papier abzusuchen, damit jeder der deutschen Verbraucher seinen Bedarf vom Ausland decken lassen kann. Dann müßten die deutschen Papiermonopolisten mit ihren Preisen herunter. Die Befreiung dieses einfachen Weges, des Zollabbaus, ist aber von unserm jetzigen Reichstag schwerlich zu erwarten. Seine Zusammenfassung verhindert es. Abgesehen hat er dazu auch keine Zeit. Et muß doch seine Zeit und seinen Eifer dazu verwenden, wie man von den Erwerbslosen absparen kann.

Der neueste Beutezug

Millionen verlangen die Baumwollindustriellen

Seit Wochen greift die bürgerliche Presse gegen die Arbeiterunterstützung: sie müsse gekürzt werden, um die Reichskasse, die leer, wieder zu füllen und Deutschland vor dem völligen Ruin zu bewahren. Wenn die papierne Schreimäschine unangesetzt hüllig kreischen, ist es ganz natürlich, daß die Öffentlichkeit gefesselt und befangen wird. Der gute Spießer horcht hin und freischt bald mit, weil sich um „a guate Sach“ dreht; die organisierte Arbeiterschaft, empört über die schamlose Verhöhnung der Erwerbslosen, muß alle Kraft daransetzen, den Schlag auf den Magen der Arbeitslosen abzuwehren; die Herren Gesetzgeber, die bekanntlich immer sehr beschäftigt sind, gehen dienlichst an die „Reform“ der Arbeiterunterstützung, um die so gefährdete Reichskasse außer Gefahr zu bringen. So, nun hätten die Herren Großverdiener einen der löblichen Zwecke mehr erreicht: sie haben Hände und Köpfe auf ein Schredgespenst gerichtet, die öffentliche Aufmerksamkeit von einer Sache abgelenkt, wo man sie nicht haben will. Nun kann ein neues großes Geschäft in aller Stille und unbeachtet geschlossen werden.

Das neue große Geschäft besteht in einer Stützungsaktion für das Unternehmertum. Der Stützungsaktion halber sind mal die Baumwollindustriellen bis auf den Tod mitleidend. Vor acht Tagen meldete der Textilarbeiter (in Nr. 35), daß gegenwärtig in Wirtschaftsministerium Beratungen gepflogen werden, wie man eine durchgreifende Stützungsaktion der Baumwollindustriellen durchführen kann. Das geht mahnend vor sich, die große Presse ist stumm, die Herren Gesetzgeber wissen von nichts. Sie werden von dieser Aktion des Reichswirtschaftsministers, dem der Volksparteiler Dr. Curtius vorsteht, auch fernhalten nichts wissen. Sie müssen sich doch mit der Gefährdung der Reichskasse durch die Erwerbslosen beschäftigen.

Die neueste Ausgabe des Textilarbeiters (Nr. 36) meldet, verlangen die Baumwollindustriellen zunächst eine runde, nette Summe als Reichsbeförderung, dann noch Bölle auf Zertifikats- und Zertifikats. Die Berechtigung der Forderung wird, wie immer, von einer hohen Reichsbeförderung gepufft, zu welchem Behufe eine Kommission nach Schlesien geht, wofür die dortigen Industriellen gehörig vorgearbeiten haben, um die Notwendigkeit der Reichsbeförderung zu beweisen. Ob denn die Baumwollindustriellen Reichsbeförderung für Textilarbeiter und er antwortet, daß im Rahmen der Zertifikatspreise die Baumwollindustriellen die höchsten Gewinne zu erzielen vermöchten, auch ihre Aktienkurse ständen nicht ungenügend. Dann fährt das genannte Gewerkschaftsblatt fort:

Subventionen und Bölle sind nicht geeignet, ungesunde Teile der Baumwollindustrie wieder flottzubringen... Wenn man Subventionen gewährt, wo fängt man an, wo hört man auf? Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen, und da in anderen Teilen des Reiches die Baumwollindustrie nicht ungenügend liegt wie in Schlesien, so braucht man sich hinterher nicht zu wundern, wenn sie alle nach Subventionen jähren...

Wollwäcker richtig. Die Subventionen in Schlesien, die, weil im Grenzland, mit ungenügender geographischer Lage hantieren können, fangen an, nach Reichshilfe zu rufen, die anderen bewegen dann den anmaßlichen Empfindungen, daß sie ebenso schlecht gestellt sind. Für wohlwollende Prüfung bringt das Reichswirtschaftsministerium. Der Reichstag werden Millionen abgeben — dann ist sie noch leerer und das Gefährliche über die hohen Ausgaben der Sozialversicherung hebt noch ärger an, die Reichskasse ist noch mehr gefährdet und die Herren Gesetzgeber müssen sich abermals dienstfertig an die „Reform“ irgendeines sozialpolitischen Gesetzes. Ist eine Ringelreife dieses lieblichen Spiels beendet, kommt eine neue dran. Weit, nicht wahr?

Daß jetzt die Baumwollindustriellen ein goldiges Ringelgeschäft machen wollen, ist weiter nicht auffällig. Denn was ihren Standesgenossen anderer Gewerbe recht war, muß ihnen billig sein. Viel auffälliger ist schon, daß die Überfälle an der Reichskasse ganz im stillen vor sich gehen können, daß unsere Herren Volksparteiler davon nie etwas zu wissen scheinen. Sollham: Sie wissen, wenn ein armer Teufel mal eine Mark zu Unrecht aus einer öffentlichen Kasse bezieht, sie können sehr wohl den ungeheuren Scheiß, den irgendein erwerbsloser Sozialarbeiter bezahlt, und sie finden auch jetzt die Zeit, Mitglieder der Parteien durch eine „Reform“ zu unterstützen. Die Herren Volksparteiler scheinen aber nichts zu wissen, wenn geschäftlich unzulässige Unterzucker der Reichskasse zu überlassen, werden auch nichts davon, daß die sozialnationalen Herren an der Zahl 215 Millionen Gesamtgewinne einfinden, und sie wissen offenbar auch nicht, wie eine Reform gegen diese Art von Sozialversicherung offensichtlich Geldes zu machen ist. Oder hat jemand davon gehört, daß die Eisenbahndirektoren, die gegen alles Geld und Recht insgesamt Millionen zumbezahlt hatten? Oder daß ein Gesetz gegen diese einzige Unterzuckerung geschaffen worden wäre? Hat, so sei noch einmal gesagt, irgend jemand davon etwas gehört? Antwortet nicht alle einmütig!

Die Internationale der Transportarbeiter

Der neueste Bericht der Internationalen Föderation der Transportarbeiter ist voll erwarteter Angaben. Fast nur hat sie weiter als irgendeine andere Berufsinternationale den Eindruck verursacht, damit noch nicht zufrieden, ist im Besonderen, deren Wirkungsgrad auf ihren ausübenden. Was auf dem Papier steht, ist, daß die internationale Föderation sich bald in den nächsten Schritten ihrer Tätigkeit beschreiben werden wird, wenn es deren Gewerkschaftsorganisation nicht gelingt, dort Verbindung mit der Arbeiterschaft zu erlangen. Sie weiß das ist, läßt sich an dem Textilarbeiterkongress in Konstanz erkennen, dessen Ursache in Konjunktur in der überhöhten Arbeit der europäischen Substrat zu suchen ist. Was heute die Textilarbeiter zu schlingen haben, kann morgen die anderen Berufe sein. Was weiter in dem Bericht der Transport-

Internationalen wohlwollend auffällig, ist, daß sie alle Gruppen, die mit dem Transport zu tun haben, in sich vereint. Nun sei das Gefüge mit Zahlen belegt:

Die Transport-Internationale zählte am letzten 1. Januar 21 Millionen Mitglieder oder 90 000 mehr als am 1. Januar 1928. Der Föderation gibt 81 Verbände in 32 Ländern angegeschlossen. Von außerordentlichen Ländern sind beteiligt Argentinien, Brasilien, Kanada, Ostindien, Indonesien, Palästina und Australien. Von ihrem Mitgliederbestand entfallen auf das Eisenbahnerpersonal 12 Millionen Mitglieder oder 57,55 %, auf die Seelen 99 300 Mitglieder oder 4,7 % und auf die übrigen Transportarbeitergruppen 78 000 oder 37,75 %. Alle drei Hauptgruppen hatten Mitgliederzunahmen zu verzeichnen. Im japanischen Föderationsrat der Hauptgruppen, nämlich 110 000 auf 141 000. In diesem Jahr haben sich bisher der römische Eisenbahnerverband, der Seelenverband in Estland und das Submarinerpersonal in Polen neu angegeschlossen. Demnach wird eine Abordnung nach Asien gehen, wo dort die Errichtung von Zweigvereinen der Internationale herzubereiten.

Guter Geschäftsgang in der Schwerindustrie

Reifen dem Kohlenbergbau hat die Schwerindustrie seit Monaten einen günstigen Gang. Der Beschäftigungsgrad des Steinkohlenbergbaus übertrug sogar den vom Jahre 1926. Der Beschäftigungsgrad der Hüttenwerke wird durch nachfolgende Zahlen illustriert:

	1928	1929	1929	1929	1929	1929	1929
	Produktion in 1000 Tonnen						
Stählen	1048	1105	1044	1133	1021	1164	1036 1204
Roheisen	1100	1416	1249	1421	1295	1430	1314 1466
Stahlgießerei	930	1108	936	1065	1072	1090	1025 1134

Sie diese Zusammenstellung zeigt, geht die Produktion der Schwerindustrie weit über die Ergebnisse des Vorjahres hinaus. Eine Anhebung dieses günstigen Standes der Dinge auf die Seiterentwicklung ist aber noch nicht erkennbar.

Steigerung der Fleischpreise

Jede Hausfrau wird festgestellt haben, daß die Fleischpreise im Kleinhandel nicht unwesentlich gestiegen sind. Es ist eine alte Geschichte, daß auch die geringfügigste Steigerung der Preise im Großhandel eine Nachwirkung im Einzelhandel hervorruft. Die Großhandelspreise nahmen in den ersten acht Monaten dieses Jahres folgende Entwicklung:

Fleischpreise in Mark je 50 Kilogramm

	24. 1. 29	24. 2. 29	23. 8. 29
Düfelfleisch	73—88	81—94	87—97
Rohfleisch	72—125	85—130	87—125
Hammerfleisch	92—115	95—118	100—125
Schweinefleisch	88—98	83—95	100—113
Gefrierf. (Mind. a. Zoll)	46—60	50—60	60—64

Eine ständige Preissteigerung ist namentlich beim Hammelfleisch festzustellen. Die teuerste Sorte von Rohfleisch hat auf hohem Stand beharrt. Das Gefrierfleisch ist um 8 bis 10 % teurer als im Anfang des Jahres. Wenn aber die Hausfrau diese Steigerung bei den Großhandelspreisen mit denen im Kleinhandel vergleicht, dann wird sie feststellen, daß der Kleinhandel wesentlich höhere Aufschläge genommen hat. Je weiter sich die Ware vom ersten Umschlag entfernt, je stärker wirken sich die Aufschläge aus. Um besten Vermögen sich die Kleinverbraucher dort vor Überortsteilungen zu schützen, wo die Konsumvereine Fleischverläden haben.

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder

In der ersten Hälfte des Monats August war zum ersten Male seit der Steigerung des Arbeitsmarktes im Frühjahr ein Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit zu bemerken. Die Hauptunterstützungsempfänger kriegten um 5400 auf rund 716 000. Die Verschlechterung macht insgesamt 0,8 % aus. Seitigen sind nur die monatlichen, während die weiblichen Unterstützungsempfänger weiter zurückgegangen sind. In der Kriegunterstützung befanden sich am 15. August 151 300 Personen. Auch in der zweiten Hälfte des Monats August hat sich die leichte Verschlechterung fortgesetzt.



Technik und Werkstatt



Technische Fortschritte in der Milchwirtschaft

Von Christoph Carlowitz

Auf dem Lande ist der Weg der Milch auch heute noch denkbar einfach, nämlich aus der Kanne des Landwirtes in den Behälter des Verbrauchers, der die Milch in der Regel bald nach dem Melken selbst abholt. In den Großstädten läßt sich dieser einfache Weg nicht einhalten. Der Bedarf großer Gemeinden erfordert die Herbeischaffung der Milch aus einem weiteren Umkreis. Ein mehr oder minder großer Teil der Milch hat also nicht nur einen längeren Weg zurückzulegen, sondern er ist auch bedeutend längere Zeit unterwegs. Da jedoch die Milch ein sehr empfindliches Nahrungsmittel ist, dessen Wert durch falsche Behandlung, ungünstige Temperaturen und längeres Stehen stark beeinträchtigt wird, so müssen die für die Großstadt bestimmten Mengen, sollen sie als vollwertiges Erzeugnis in die Hände des Verbrauchers gelangen, einer besonderen Behandlung unterworfen werden.

Diese Vorbedingungen haben im Laufe der Zeit eine besondere Technik der Milchbehandlung geschaffen, um deren Vervollkommnung man besonders in den letzten Jahren sehr bemüht war. Die Bestrebungen erstrecken sich auf alle Zweige der Milchversorgung, auf die Gewinnung, den Versand und die Behandlung der Milch. Von größter Wichtigkeit ist es natürlich, zunächst ein möglichst hochwertiges Erzeugnis zu bekommen. Die Technik muß daher ihr Augenmerk auch auf die bauliche Gestaltung der Ställe und ihre innere Ausrüstung richten, da gute Luft, ausreichendes Licht und richtige Temperatur der Stallungen die Vorbedingungen zur Gesunderhaltung der Kühe sind, und nur gesundes Vieh vollwertige Milch ergeben kann. Die Normung der Ställe hat bei uns leider noch nicht Eingang gefunden wie in den Vereinigten Staaten, wo die genormten Einheitsställe oder Einzelteile dazu fix und fertig nach dem Katalog geliefert werden.

Von größter Wichtigkeit ist es, daß die gewonnene Milch vom Erzeuger in gut gereinigten und entkeimten Behältern versandt wird. Der Milchkanne des Landwirtes ist deshalb die besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In ihr soll die Milch gleich nach dem Melken mit kaltem Wasser oder mit Hilfe einer maschinellen Kühlanlage gekühlt und die Geräte gründlich gereinigt und entkeimt werden. Der Einführung technisch einwandfreier Einrichtungen steht hier freilich der Preis für derartige Anlagen sehr hinderlich im Wege.

Der Versand der Milch vollzieht sich meist noch in den bekannten Blechkannen mit 20 Liter Inhalt, die jedoch in neuerer Zeit von der größeren Kanne mit 40 Liter Inhalt verdrängt wird. Daneben findet auch das Faß mit 125 Liter Inhalt und in vereinzelt Fällen auch der Kesselkraftwagen mit 3000 bis 5000 Liter Inhalt Anwendung. Neben der eisenverzinkten Kanne, der verschiedene Mängel anhaften, versucht man in neuerer Zeit auch solche aus Aluminium und nichtrostendem Stahl. Die ideale Kanne wäre natürlich die aus nichtrostendem Stahl, doch steht ihr hoher Preis einer umfassenden Einführung sehr hemmend im Wege.

Scheitert die Anwendung der letzten technischen Erkenntnisse und Einrichtungen bei den Erzeugern meist am Preise, so brauchen sich die mit ausreichenden Mitteln arbeitenden großen Milchhöfe in den Städten in dieser Hinsicht keine Beschränkungen auferlegen. Die große Meierei, in der die Milch haltbar gemacht und in geeigneter Verpackung den Verbrauchern zugeführt wird, weist denn auch die größten technischen Fortschritte in der gesamten Milchwirtschaft auf. Die wichtigste Aufgabe der Meierei besteht zunächst darin, die Milch durch ein möglichst einfaches Verfahren haltbar zu machen. Auf diesem Gebiete sind verschiedene Wege beschritten worden. Wie Professor Dr. Lichtenberger, der Direktor des Instituts für Maschinenwesen der Preußischen Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel, jüngst in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure berichtete, wird im In- und Auslande fast ausschließlich die sogenannte Dauerheißhaltung angewendet. Die ankommende Milch wird nach diesem Verfahren auf 63 Grad erhitzt und eine halbe Stunde lang auf dieser Temperatur gehalten. Krankheitskeime und sonstige schädliche Mikroben werden durch diese Behandlung vernichtet. Aufgabe der Wissenschaft ist es nun, die zweckmäßigsten Verfahren und Geräte für die gesamte Milchwirtschaft und vor allem Bau und Einrichtung städtischer Molkereien planmäßig zu erforschen.

In neuerer Zeit wird bei Neuanlagen statt des früheren Einflurbetriebes, bei dem zum Transport der Milch innerhalb der Meierei Milchpumpen verwendet werden müssen, der Mehrflurbetrieb angewendet. Die ankommenden gefüllten Kannen werden mittels Aufzügen ins oberste Stockwerk befördert. Nach dem Wiegen werden die Kannen in einen Behälter entleert. Die Milch fließt durch eine Reinigungs-zentrifuge und darauf den Milcherhitzern zu, worin sie auf 63 Grad erhitzt wird. Dann gelangt sie in die Dauerheißhalter, von hier aus in die Kühler und zum Schluß in die Vorratsbehälter oder gleich zur Flaschenfüllmaschine. Soweit die gefüllten Flaschen nicht gleich den Verbrauchern zugeführt werden, kommen sie in einen Kühlraum. Neben der Dauerheißhaltung hat auch die sogenannte Durchflußerhitzung bei 70 bis 85 Grad Wärme Eingang gefunden.

Wichtig ist bei derartigen Anlagen die möglichst weitgehende Ausschaltung der Handarbeit. Dies gilt vor allem bei der Reinigung der Kannen und Flaschen und beim Füllen

und Verschließen der Flaschen. Hierbei finden besondere Kannenwaschmaschinen und Einweich- und Spritzmaschinen für Flaschen Verwendung, die mit Spritzwasser und Laugen, Dampf und heißer Luft die Gefäße in sehr kurzer Zeit und bei großer Ersparnis an Arbeitskräften gründlich reinigen und entkeimen.

Breibt eine Meierei neben der eigentlichen Milchwirtschaft auch noch die Verwertung von Überschuß- und Nebenprodukten, also Butterei, Käseerei, Eiskremanlagen, Milch-trockner, Yoghurtherstellung usw., so vermehrt sich der Maschinen- und Apparatebestand eines solchen Betriebes ganz wesentlich. Da im Laufe der Jahre nicht nur die hygienischen Ansprüche immer höher geschraubt wurden, sondern auch aus sozialen Erwägungen heraus der Preis der Milch so niedrig wie möglich gehalten werden muß, so bleibt der technischen Forschung auf dem Gebiete der Milchwirtschaft einstweilen noch ein reiches Feld der Betätigung.

Die Reise um die Welt in 12 Tagen

Der Weltflug des „Graf Zeppelin“



In einer Flugzeit von rund 12 Tagen hat „Graf Zeppelin“ den gesamten Erdball umflogen. Der Weg führte nicht auf der Höhe des Äquators entlang, wo in der Luftlinie die Erde einen Umfang von 40 000 km hat, sondern etwa in der Mitte der gemäßigten nördlichen Zone, wo die Strecke in gerader Luftlinie etwas mehr als 25 000 km ausmacht. Was diese Schnelligkeitsrekorde bedeuten, wird allein schon deutlich, wenn man bedenkt, daß man allein für die Reise von Deutschland nach der Ostküste Asiens mit der Bahn fünfmal länger und mit dem Schiff mehr als zehnmal länger unterwegs wäre, als der „Graf Zeppelin“ für diese Strecke gebrauchte.

Aus der Radium-Industrie

Das Radium hat in der letzten Zeit wiederholt von sich reden gemacht: einmal war es der Zusammenschluß großer Radiumfabriken zu dem Zweck, sich das Ausbeutungsrecht der wichtigsten Radiumfelder zu sichern, und dann auch die hochherzige Spende des englischen Volkes, durch die bedeutende Mittel zusammenkamen, um Radium für Krankenhäuser beschaffen zu können. Radium, ein Metall, das ähnlich wie Barium, Strontium oder Calcium zur Gruppe der alkalischen Erden gehört, sendet drei verschiedene Strahlengattungen aus, die Alpha-, Beta- und Gammastrahlen. Die ersteren, die eine Geschwindigkeit von etwa 10 000 m in der Stunde besitzen, setzen sich aus aller-kleinsten Stoffteilchen zusammen, die mit positiver Elektrizität geladen sind. Die Betastrahlen bestehen aus Elektronen, das sind Atome der Elektrizität, die stofflicher Natur ist; sie sind negativ elektrisch geladen und bewegen sich mit einer Geschwindigkeit von 170 000 m in der Stunde. Die Gammastrahlen endlich haben die größte Ausbreitungsgeschwindigkeit (185 000 m je Stunde) und unter allen dreien das stärkste Durchdringungsvermögen. Als Fundstellen für radiumhaltige Erze kommen hauptsächlich Böhmen, Cornwall, Portugal, die Vereinigten Staaten von Amerika, Australien sowie der belgische Kongostaat in Betracht.

Sieht man ein stark radiumhaltendes Erz, zum Beispiel die in Joachimsthal in Böhmen vorkommende Pechblende, im Dunkeln an, so gewahrt man leuchtende Flächen, von denen Strahlungsenergie ausgeht. Die hohen Preise für Radium sind auf die beträchtlichen Arbeitskosten zurückzuführen, die entstehen, um das Metall rein zu gewinnen. Um nur einige Hundertstel Gramm Radium zu erzeugen, sind nach dem von Curie, dem Entdecker des Radiums, angegebenen Verfahren rund 1000 kg Erz, 5000 kg Chemikalien und 50 000 kg Wasser notwendig. Die Gewinnung des Radiums läuft im wesentlichen darauf hinaus, die Erze aufs feinste zu vermahlen, sie dann längere Zeit in einer Sodaaugung zu kochen, um das Radium in Form einer Salzlösung zu erhalten, und dann folgen eine Anzahl stufenweiser Fällungen, wodurch eine immer reiner Lösung erzielt wird.

Das Arbeiten in einer Radiumfabrik ist nicht ganz ungefährlich, da in den Räumen dauernd Strahlung zugegen ist. Die Arbeiter stehen daher unter ärztlicher Obhut und werden, sobald ihr Gesundheitszustand zu wünschen übrig läßt, oft auf lange Zeit zur Erholung fortgeschickt.

Zurzeit gilt ein Milligramm Radium 250 Mk., ein kleines Salzöffelchen voll Radium würde sich beim jetzigen Preisstand auf etwa 500 000 Mk. stellen. Für ärztliche Zwecke bringt man das Radium in Nadeln, Röhren oder Scheiben von wechselnder Form und Größe unter und bewahrt diese Bestecke in dicken Bleiblocken auf, die häufig noch im Innern eines mit 10 cm starken Bleiplatten ausgekleideten Panzerschranks Aufnahme finden, um jeglicher Strahlung den Weg zu versperrern. Zuweilen wird das Stückchen Radium oder Radiumsalz in eine dicke Bleikapsel eingelegt, die einen Einschnitt besitzt; durch Überdecken desselben mit verschieden starken Bleiblechen läßt sich dann die Strahlung abstimmen. Bringt man nun die Kapsel in geeigneter Stellung auf den zu behandelnden Körperteil, so läßt sich, unter Verwendung dieser Bleibleche die Einwirkung genau dosieren. r.

Möbel aus Aluminium

(Nachdruck verboten.)

In einem Reisebericht schildert Dr. Ing. H. Kalpers die neuen amerikanischen Aluminiummöbel: Stühle, Sessel, Tische, sowie Büro- und Spitalmöbel gleicher Art. Diese Gegenstände sind leichter als Holzmöbel und sehr dauerhaft. Das Material — eine Legierung von Aluminium mit Bruchteilen von Magnesium und Silizium — ist fast so widerstandsfähig wie weicher Stahl. Man kann die Eigenschaften dieser Legierung beim Glühen, Härten und Altern so verändern, daß man den einzelnen Teilen der Möbel verschiedene Beschaffenheit verleihen kann. Glüht man die Legierung bei 350 Grad und läßt sie danach langsam abkühlen, so

erhält man eine andere Zugfestigkeit, Elastizitätsgrenze, Dehnung und Brinell-Härte, als wenn man sie auf 515 Grad erhitzt und sofort danach abschreckt oder auf 150 Grad erhitzt und dadurch alftert.

Bei der Fabrikation der Aluminiummöbel muß man den Stücken erst die verlangte Form geben und miteinander verbinden. Das Gießen der einzelnen Stücke erfolgt durch Maschinen; die Formen sind zwar teuer, erlauben aber ein so schnelles Arbeiten, daß sie sich bald amortisiert haben. Man bezieht Profile von kreisrundem Querschnitt in Gestalt von nahtlosen Röhren und schneidet sie mit Kreis- oder Bandsägen in den nötigen Längen ab. Auf der Presse bekommen dann die Stücke die erforderliche Krümmung. Man formt Teile, die einen abgerundeten Winkel erhalten sollen, mittels besonderer Biege- und Richtmaschinen.

Die Schweißnähte waren ursprünglich das Leid dieser Branche; denn an den Schweißstellen traten Risse auf, so daß die Stücke nicht zu brauchen waren. Die Schwierigkeit wurde schließlich dadurch behoben, daß man einen Schweißstab nicht von der Zusammensetzung des Möbelmetalles, sondern aus 95 vH Aluminium und 5 vH Silizium wählte. Mit dieser Legierung erzielte man eine Schweißung ohne Spannung und ohne Risse. Als Schweißgebläse kommt das Sauerstoff-Azetylengebläse kaum in Betracht, da der hierbei niedergeschlagene Kohlenstoff die Verbindung beider Metallenden verzögert, wohl aber das Knallgasgebläse, da dessen Flamme weniger heiß und auf den niederen Schmelzpunkt des Aluminiums leichter einzustellen ist. Der Bruch bei einem Zerreißversuch soll nicht in der Schweißstelle selbst, sondern 12 bis 18 mm von ihr entfernt erfolgen. Nach dem Schweißen muß man die bezügliche Stelle glätten, was man durch Fräsen, Abschleifen und Reiben mit Schmirgelleinwand erreicht. Die Zugfestigkeit der Schweißstelle beträgt bis 75 vH jener des Metalles selbst. Will man eine noch höhere Zerreißfestigkeit erreichen, so muß man die zu verbindenden Teile durch Muffen und Nietens aus Duraluminium miteinander verbinden.

Um einem Stuhl aus Aluminium ein gefälliges Äußere zu verleihen, werden Sitz und Lehnen mit gutem Leder gepolstert, die übrigen Teile gestrichen. Damit der Anstrich gut haftet, behandelt man die Aluminiummöbel vorher mit Sandstrahlgebläsen, so daß die Flächen aufgeraut werden und der Anstrich besser haftet. Das Aufrauen kann auch von Hand mit Glaspapier erfolgen. Dr. W. Peters.

Die neue Rheinbrücke

Der Bau der neuen Rheinstraßenbrücke Köln-Mühlheim ist in vollem Gang. Der technische Entwurf stammt von den Konstrukteuren der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Gustavsburg, die im Verein mit der Union und Harkort den Bau ausführen. Die Direktion der MAN hat den Betriebsratsmitgliedern ihres Werkes Gustavsburg die Besichtigung des Baues gestattet. Darüber schreibt uns ein Teilnehmer:

Der Eindruck, den wir erhielten, war großartig. Es war ein Stück inneres Erleben für uns, die wir die Brücke im Werke hergestellt haben. Auf der Mühlheimer Seite der Brücke mußte, um Raum für die Brückenrampe zu schaffen, fast ein ganzes Stadtviertel niedergelegt werden. Die neue Brücke, zu deren Bau genau vor einem Jahre die ersten Eisenteile geliefert wurden, geht bereits ihrer Vollendung entgegen. Sie ist der Typ einer sogenannten Hängebrücke, eine Brücke ohne jeden Strompfeiler. Die Überbrückung der Wasseroberfläche beträgt in ihrer Spannweite 315 m. An den beiden Stromufern stehen je zwei verbundene, vom Granitsockel ab 52 m hohe Eisentürme, architektonisch Pylonen genannt, die den Hochtragepunkt für die Hängeseile bilden.

Die Anlaufkonstruktion von Köln und Mühlheim von je 91 m Länge bis zu den Gelenken der Hängebrücke bilden unter der Brückenbahn einen gewaltigen Eisenbau für sich. An den beiden Uferseiten formt sich der sogenannte Ankerkopf für die Anmontierung der Hängeseile. An beiden Seiten der Brückenbahn ziehen sich über die Pylonen hinweg die aus 37 Einzelseilen von je 8 mm Dicke zu einem Bündel vereinigte Seile. Es sind die Seile, an denen die Strombrücke hängt. Sie sind so gearbeitet, daß Rost und Witterung keinen Einfluß haben können. Jedes der beiden Seile (ohne Lötung, aus einem Stück) mißt 550 m, beide wiegen 1500 Tonnen. Das Bündel ist mit schweren Stahlgußschellen zusammengehalten, die unter einem Druck von 300 Tonnen angepreßt und verschraubt sind. Von diesen Verbindungsstellen gehen Hängestangen nach unten, an denen die Brücke hängt. Am Scheitelpunkt der Brücke haben die Stangen eine Höhe von 38 m. Das Material der Brücke, bester Siliziumstahl, wiegt insgesamt 14 000 Tonnen.

Das überhitzungsfreie elektrische Bügeleisen

In der Technik besitzen die Regelverfahren große Bedeutung; so hat man zum Beispiel ein großes Interesse daran, durch besondere Regler die Netzspannung trotz schwankender Belastung möglichst gleichbleibend zu halten, da schon geringere Spannungsänderungen die Lebensdauer der Glühlampen stark beeinträchtigen. Bekannt sind auch die Regler der Kraftmaschinen, die selbsttätig die Brennstoffzufuhr der jeweiligen Belastung anpassen. Nun ist es auch gelungen, bei elektrisch geheizten Vorrichtungen, insbesondere bei Bügeleisen, durch Einbau sogenannter Thermostaten die Temperatur unter allen Umständen innerhalb enger Grenzen aufrechtzuerhalten. Bei Arbeiten mit dem Elektroisen mußte die Büglerin bisher von Zeit zu Zeit den Strom abschalten, um einer Überhitzung des Bügeleisens vorzubeugen. Es kam zuweilen auch vor, daß das Eisen versehentlich nach Erledigung der Arbeit unter Strom belassen wurde, was zu einer Zerstörung der Heizdrähte oder, falls nicht ein Rost benutzt wurde, zu einer Beschädigung der Unterlage führte, öfter auch Brandfälle verursachte.

Bei den neuerdings im Handel erhältlichen Bügeleisen mit Temperaturregler sind all diese Nachteile vermieden: ob die Hausfrau die Arbeit unterbricht, ob sie weggeht für 5 Minuten, 1 Stunde oder länger, das hat alles nichts zu sagen. Wenn sie zurückkommt und die Arbeit von neuem aufnimmt, hat das Eisen genau dieselbe Temperatur und sie kann weiterbügeln. Die selbsttätige Regelung der Temperatur erfolgt meistens durch in die Leitung eingeschaltete Kompensationsstreifen. Es sind dies Blechstreifen, die aus zwei aufeinander gewalzten Metallen von verschieden starker Wärmeausdehnung bestehen, sich bei Eintritt einer bestimmten Temperatur krümmen und so selbsttätig den Strom abschalten. Sinkt nun die Temperatur etwas, so streckt sich der Streifen wieder gerade, macht Kontakt und schaltet den Strom an, bis wieder die Temperatur den zugelassenen Höchstwert erreicht, Abschaltung erfolgt und so fort. Es ist nicht erforderlich, den Steckkontakt auch nur anzurühren, die erwähnten selbsttätigen Schalter halten die Hitze immer genau auf der Höhe, auf der man sie haben will. Bei manchen Ausführungen läßt sich sogar mittels eines Drehknopfes die passende Temperatur einstellen, je nachdem das Bügelgut aus Seide, Woll, Baumwolle oder Leinen besteht; die Vorzüge derartiger Bügel-eisen liegen auf der Hand. Sie beseitigen Gefahr, sparen Zeit Arbeit und Strom, denn der Schalter unterbricht ja ohne jedes Zutun den Strom, sobald dieser überflüssig wird.



Familie und Heim



Die andere Möglichkeit.

Wenn wir den Krieg gewonnen hätten, mit Wogenprall und Sturmgebraus, dann wäre Deutschland nicht zu retten und glühe einem Irrenhaus.

Wenn wir den Krieg gewonnen hätten, dann wären wir ein stolzer Staat und pressten noch in unsern Betten die Hände an die Holenmaht.

Die Frauen müssten Kinder werfen. Ein Kind im Jahre. Oder fast. Der Staat braucht Kinder als Konserven und Blut schmeckt ihm wie Himbeerlaft.

Wenn wir den Krieg gewonnen hätten, dann wär der Himmel national. Die Pfarrer trügen Spauletten und Gott wär deutscher General.

Die Grenze wär ein Schützengraben. Der Mond wär ein Gefreitenknopf. Wir würden einen Kaiser haben Und einen Helm statt einen Kopf.

Wenn wir den Krieg gewonnen hätten, dann wäre jedermann Soldat. Ein Volk der Laffen und Lafetten! Und ringsherum wär Stacheldraht.

Dann würde auf Befehl geboren, weil Menschen billig sind und weil man mit Kanonenrohren allein die Kriege nicht gewinnt.

Dann läge die Vernunft in Ketten und stände stündlich vor Gericht. Und Kriege gäbs wie Operetten. Wenn wir den Krieg gewonnen hätten — zum Glück gewannen wir ihn nicht!

(Erich Kästner in der „Mittelbühne“)

Menschenjagd auf dem Montmartre

Vier Uhr nachmittags in der Nähe der Place Clichy von Paris. Eine unübersehbare Menge schiebt sich auf den Fußsteigen vorüber. Taxis und Privatautos flauen sich in vielfacher Reihe an der Ecke. An einer weniger belebten Seitenstraße halten mehrere geschlossene Autos. Kriminalbeamte kommen zum Vorschein, mischen sich unauffällig unter die Fußgänger.

Tagh auf Priesterinnen der Venus, denen in Paris am Nachmittag die Ausübung ihres Gewerbes verboten ist. In einer Ecke des Boulevard Clichy, nicht weit von der Moulin Rouge, nehmen die Beamten Aufstellung. Alle Vorübergehenden werden, ohne es zu merken, einer kurzen Musterung unterzogen. Ein Mädchen in rotem Kleide tänzelt heran. „Ihre Kontrollkarte?“ fragt einer der Beamten. Das Mädchen auct zusammen. „Was haben Sie um diese Zeit auf der Straße zu suchen? — Folgen Sie dem Inspektor unauffällig in den Gefangenenwagen!“

So geschieht es fast ein Dutzend Male. Immer gehören die Mädchen wortlos und lassen sich unauffällig abführen. Manchmal fragt eine Frau nach: „Wohin fahren wir?“ — „Spazieren,“ erwidert der Kommissar lachend.

Die meisten Festgenommenen sind jung und hübsch, mit befruchteter Eleganz gekleidet. Bald sind elf Mädchen in dem Gefangenenwagen beisammen. Sie unterhalten sich lachend, als gälte es eine Vergnügungsfahrt. Aber man hört auch andere Worte. „Verflucht!“ schimpft die eine, „wenn ich das gemerkt hätte, dann hätte ich nicht mein schönes Erbspe de Chine-Kleid angezogen.“ — „Ach, mein Vater hat heute noch keine Milch bekommen. Das arme Tierchen!“ — „Mein Kind, mein Kind!“ jammert eine dritte. „Das kommt davon, wenn man eher, als es erlaubt ist, auf die Straße geht, meine Schönen,“ erwidert der Kommissar und schließt die Tür des Wagens.

Die Jagd ist beendet. Das Gerücht von der Razzia hat sich mit Windeseile verbreitet und man sieht nur noch ehrbare Männer und Frauen auf der Straße.

Nun geht nach dem Quai des Orfèvres zur Sittenpolizei. Das Verhör beginnt. Es ist kurz und bündig und nicht ohne Menschlichkeit. Nehmen Sie Platz, Fräulein!“ Ein rothaariges Mädchen in verführerischem Schmuck setzt sich zögernd auf den Rand des Stuhles. Sie wurde erst vor einigen Tagen operiert. Das Leben ist hart. Man muß doch leben. Das Kind ist in Pflege. Der Kommissar ist milde gestimmt und läßt das Mädchen mit einer Verwarnung laufen.

Andere kommen. Es ist ein trauriger Zug menschlichen Glucks. „Warum haben Sie die Bestimmungen übertreten?“ — „O, Herr Kommissar, mein Kind muß doch leben. Es ist bei Verwandten auf dem Lande. Dreihundert Franken im Monat kostet es. Das will erst einmal herbeibringen!“

Sie taten es wegen der Kinder! Dieses Wort hört man von allen Lippen. Manchmal stimmt es auch wirklich, wie aus den nachgeprüften Papieren hervorgeht. Doch Gesetz ist Gesetz. Wierzehn Tage fast, drei, vier Wochen, je nach dem Grade der Misdädeligkeit. In wenigen Minuten ist das Verhör beendet. Ein Gerichtsdiener erscheint, um die Verhafteten zur ärztlichen Untersuchung zu führen. Sie folgen ihm verstockt oder weinend. Eine schwindsüchtige Frau verfallt in Weindrümpfe und muß von zwei Schutzleuten gestützt werden. Von den elf Gestörten wurde nur eine freigelassen. Die übrigen kommen in das Frauengefängnis St. Lazare. Auf zwei, drei oder vier Wochen. Dann erwartet sie wieder das alte Gluck. Die Straße...

H. v. B. Vogel.

Die bessere Gesellschaft und der Prolete

Die Aufteilung des Menschengeschlechts in höhere und niedere Wesen, in Arbeiter und Herren, in dienstbare Geister und Leute, die sich bedienen lassen, wird von den höheren Wesen so gern als eine Naturerscheinung hingestellt. Der Arbeiter soll von Natur aus zum Arbeiter bestimmt sein. Sein Blut, sein Organismus soll durch alle Zeiten hindurch für ein Arbeiterdasein geschaffen sein. Eine Art höherer Jügung hebt den Arbeiter in sein Arbeiterschicksal hinein und auf der Gegenseite ist auch die „bessere“ Gesellschaft für ihr Leben vorbestimmt.

Aber nicht nur die Leute, denen diese Ansicht zum Vorteil ausschlägt, verbreiten sie als unumstößliche Wahrheit, sondern der Arbeiter selbst ist von seiner schicksalhaften Bestimmung überzeugt. Wir sind zum Arbeiten geboren!“ Die anderen, das sind die Auserwählten (auch wieder solch ein Wort, das auf höhere Jügung hindeutet!), die er beneidet und an deren Stelle er sein möchte.

Was ist nun wirklich wahres an diesen Meinungen? Es gibt Arme und Reiche, Arbeiter und Nichtarbeiter! An dieser Tatsache ist nicht zu zweifeln. Auch daran ist nicht zu zweifeln, daß die Reichen und Nichtarbeiter sehr zufrieden mit ihrer Lage sind, daß es höchstens einige idealistische Aufsteiger unter ihnen gibt, die es einmal mit Arbeit und Trajein versuchen wollen. Somit aber gelistet es diese Menschenjagd nicht nach dem Los der Proletarier. Im Gegenteil, sie tun ihr mögliches, daß die Arbeitsleistung so wie sie heute ist, bestehen bleibt. Für sie die Freude — für die Proleten die Arbeit. Sie wollen sich höchstens einmal damit anstrengen, eine Patentlösung für die „Freude an der Arbeit“ zu finden. Natürlich nicht für sich, sondern immer nur für — die anderen. Deshalb auch nicht? Wenn man den anderen die Arbeit schmachtigt macht, gewinnt man eine neue Galgenfrist für die bestehenden Verhältnisse. Das ist das Wichtigste für die wenigen „Auserwählten“; denn so gut wie sie es jetzt haben, bekommen sie es in einer anderen Ordnung der Gesellschaft bestimmt nicht wieder.

Es ist doch herrlich für sie in dieser Welt eingerichtet. Die ganze Welt steht ihnen zur Verfügung. Sie können sie im Auto oder im Flugzeug, von der Eisenbahn oder vom Schiff in Besitz nehmen. Alle Schönheiten sind nur für sie da, denn sie allein haben die Zeit, das Geld und die Möglichkeit, sie zu sehen und sich an ihnen zu erfreuen. Der Proletarier kann ruhig an der schönsten Stelle der Welt wohnen — er hat nichts von ihr, er sieht sie kaum, weil sein Lebensgebiet die Arbeitstätte ist, und wenn er diese verläßt, hat die Schönheit für ihn wenig Reiz, weil er müde ist.

Alle Bildungsstätten stehen dem Reichtum offen, alle Kulturgenüß. Er kann Körper und Geist auf gleiche ansehnliche Weise pflegen. Es ist niemand da, der das Kind reicher Eltern in seinem Wohlstand behindert, der es unterdrückt und der es für eine untergeordnete Rolle zurechtbiegt. Im Gegenteil, es geht den huldig entgegengekehrten Weg, den das Proletarierkind gehen muß: das in jedem Menschen vorhandene Selbstgefühl wird in dem Labe des Reiches überhört und später wird ein neuer Herrschaftsanspruch auf das Proletariat losgelassen.

Wenn wir uns den Menschen ohne eine bestimmte Umwelt, in die er hineingeboren wird, vorstellen könnten, so wäre er nur Mensch und nicht Wesen, der eine kranke Mutter und ein arbeitsloser Vater zu seinen Eltern hätte, die in einem Hinterhof oder im Kellerquartier wohnen, nur ein Zimmer hatten, in dem er mit noch fünf Geschwistern aufwachsen mußte, und zu dem ungeschicklich verhaltenen Väter, die, sobald sie kriegerisch wurden, den Reigen der Elenden des Lebens angeknüpelt werden, deren verfluchtes Los es ist, einigen wenigen Auserwählten die Erde zu einem lebensfähigen Aufenthaltsort zu machen.

Einmal wäre er nur Mensch und nicht der Sohn vom Ganzen Reiz, der die waldenburger Bergarbeiter ausläng, sie in ihren halbtierischen und halbmenschenhaften Zuständen läßt, selbst aber in einem herrlich gelegenen Stillsitz wohnt, eine ungeschickliche Dienerschaft zu seiner Verfügung hat und seinem Sohn alle Möglichkeiten erschließt, die ein Kind reicher Eltern nur erlangen mag.

Es ist ganz gleich, welchen von den paar hundert Namen wir heranziehen, deren Träger sich in den gesamten Profit der ganzen Welt teilen, immer nimmt die Entwertung ihrer Seele und Leibes den gleichen Weg — denn es ist der Weg dieser Gesellschaft. Es mag sich um amerikanische Dollarsammler handeln oder um europäische Kapitalistenherrscher, sie alle nehmen die Entwertung, die in ihren Kreisen abläuft. Auch die Rockefeller-Widows des Letzten werden als Menschen geboren. Daß sie der Staat gleich mit einem ansehnlichen Post-

gut haben und mit Freundschaften empfang — das war wirklich kein Naturereignis, sondern die Würde des Vaters wurde öffentlich anerkannt und bestätigt. Der Sohn hatte bestimmt noch nichts getan, um sie sich selbst zu erwerben. „Kaiser und König von Gottes Gnaden“ hat sich auch Wilhelm der Letzte genannt — uns ist kein „Gottesgnadenrum“ noch in abstoßender Erinnerung. Ein Glück, daß wir nicht noch neue Scherze aus dieser Annahme zu erwarten haben!

Darum — wenn das Kind geboren wird, so ist es nichts anderes als das Geschöpf, das die Natur im Laufe ihrer Entwicklung aus den Menschen hervorgebracht hat. Was es als Erbgut von seinen Vorfahren mitbringt, das sind lediglich Eigenschaften von ihnen. Wie sie in ihm zum Durchbruch kommen, entscheidet nicht das Kind, sondern das entscheidet die Gesellschaftsordnung, in die das Kind hineingeboren wird. Es bekommt auch nicht den Sad Geld von der Natur mit, auf Grund dessen es sich zur Kapitalistenklasse rechnen könnte. Die Natur ist unparteiisch und viel großzügiger als die Menschen, die das ungeborene Kind in ihre Schicksal aufzeichnen. Und in ihr wird nicht das Kind als ein neues Wesen gewertet, sondern nur als ein Teil in einer bestimmten sozialen Umwelt. Von der Natur aus bekommt das Kind dagegen alle Möglichkeiten mit, es hat bei der Geburt die Anlagen zu allem in sich. Es kann ebenjotig ein Europäer, ein Amerikaner, ein Afrikaner, ein Australier oder ein Afrikaner werden; denn es hat ebenjotig alle Sprachmöglichkeiten in sich. Jedes Kind läuft in seiner Sprachentwicklung noch einmal alle Stufen des menschlichen Sprechens durch und scheidet nur durch die Gewöhnung an eine bestimmte Sprache, die Vater und Mutter sprechen, die anderen Sprachmöglichkeiten aus.

Wenn das neugeborene Kindchen in seinem Bett liegt, dann steigt wohl in allen Müttern und Vätern die lange Frage auf: „Was wird aus dem Kinde einmal werden?“ Jeder fühlt es ohne Worte, fühlt es mit innerem Zwang: Es ist vollkommen unberührt, unerwartet und voller Geheimnisse, „unerschöpflich“, wie man es ausdrückt, es könnte alles aus ihm werden!

Aber die Gesellschaft, in die das Kind hineingeboren wird, fällt sehr bald eine Entscheidung. Sie läßt auch den kleinsten Menschen nicht durch die Maßstäbe ihres Reges hindurchschlüpfen. Ein sozialistischer Erzieher verlangt einmal den Verlauf des menschlichen Lebens mit dem Arbeitsprozeß auf dem laufenden Band. Der Staat hat in seiner flüssigen Masse alle Möglichkeiten, aber jede Station auf dem laufenden Band ist eine Eingrenzung und nimmt ihm immer mehr Möglichkeiten. Je mehr er verdrängt wird, je weniger kann er die Bestimmung seiner ersten und größten Form zurückgewinnen.

Je besser die Umwelt eines Kindes ist, um so besser kann es sich entfalten, um so weniger braucht es von seinen in ihm schlummernden Möglichkeiten aufzugeben. Dort, wo der stärkste Druck auf das Kind ausgeübt wird, da verkümmert es am meisten; dort, wo die meisten seiner Wünsche unerfüllt bleiben, da wird es am meisten verdrängt und zuletzt ist der Mensch nur noch ein Zerstück seiner einstigen Möglichkeiten.

Die herrschenden Klassen haben es immer verstanden, sich auch zu „besseren Menschen“ zu machen. Nur weil sie „bessere Menschen“ waren, deshalb wurden sie auch die herrschenden — so haben sie ihre Vorherrschaft über andere Menschen zu allen Zeiten angelegt. Die Armen wurden und werden noch heute nach Meinung der Unterdrückten mit „schlechten“ Reizen und schlechten Anlagen geboren; sie seien aus minderwertigerem Stoff gemacht und deshalb gerade gut genug für die beherrschten Klassen immer neuen Profit zu schaffen. Die Proletarier erkennen aber immer mehr, daß ihre Herren nur den Schein für sich haben. Sie wurden genau so nach und nach unter genau denselben schmerzlichen Umständen von einer Frau geboren. Worin sie sich in ihrem Leben vom Proletarier unterscheiden, das sind lediglich ihre äußeren Verhältnisse mit der Macht und den Vorrechten, die sie aus ihnen gewonnen. Sollen einmal die Vorrechte der herrschenden Klassen weg und alle Menschen haben die gleichen Rechte, dann wird sich zeigen, daß das Proletariat aus demselben Material gemacht ist wie die heutige „bessere“ Gesellschaft. Die Einteilung in obere und untere Klassen hört auf und die Entwicklungsbedingungen jedes Einzelnen können ausgeglichen werden.

Aber es wird die Zeit kommen, wo der misshandelte Proletarier die beherrschende Gesellschaftsordnung herbeiführen wird. Er ist schon auf dem Wege... und sobald er noch besser als heute erkannt, daß er das gleiche Recht wie seine heutigen Unterdrückten auf diese bessere künftige Gesellschaft hat, wird sie nicht mehr fern sein!

Die moderne Ehe

Mit Bezug auf die heutige Ehe ruft John Stuart Mill: „Die Ehe ist die einzige, wirkliche Leibeigenschaft, die das Gesetz kennt.“ Nach der Auffassung Kant's bilden Mann und Frau erst den ganzen Menschen. Auf der normalen Verbindung der Geschlechter beruht die gesunde Entwicklung des Menschengeschlechtes. Die Befriedigung des Geschlechtstriebs ist eine Notwendigkeit für die gesunde und geistige Entwicklung des Mannes wie der Frau. Aber der Mensch ist kein Tier, und so genügt ihm für die höhere Befriedigung seines ungestümmten Triebes bloß physische (körperliche) Erfüllung nicht, er verlangt auch geistige Anziehungskraft und Übereinstimmung mit dem Wesen, mit dem er eine Verbindung einget. Ist diese nicht vorhanden, so vollzieht sich die geschlechtliche Vermischung rein mechanisch, und sie ist alsdann eine unfruchtbare. Der höherstehende Mensch verlangt, daß die beiderseitige Anziehungskraft auch über die Vollziehung des Geschlechtsaktes hinaus dauernde und seine veredelnde Wirkung auf das aus der beiderseitigen Verbindung entspringende Lebewesen ausdehne. Die Tatsache, daß solche Ansprüche in der heutigen Gesellschaft an unzählige Ehen nicht gestellt werden können, veranlaßt auch Warnungen u. Entse, zu schreiben: „Was wir in dieser Art vor Augen hatten, sowohl von geschlossenen als von noch zu schließenden Ehen, war nicht gemacht, um von solcher Verbindung einen guten Begriff zu geben; im Gegenteil, die ganze Einrichtung, der nur Liebe und Achtung zugrunde liegen sollte und die wir in allen diesen Beispielen eher auf alles andere gegründet sahen, wurde uns gemein und verächtlich.“

Die Freude an der Nachkommenschaft und die Verpflichtung gegen diese machen das Liebesverhältnis zweier Menschen zu einem länger dauernden. Ein Paar, das in ein Eheverhältnis treten will, soll sich also darüber klar sein, ob sich die beiderseitigen Eigenschaften zu einer solchen Verbindung eignen. Die Antwort müßte aber auch unbeeinträchtigt erfolgen können. Das kann aber nur geschehen durch die Fernhaltung jedes andern Interesses, das mit dem eigentlichen Zweck der Verbindung, Befriedigung des Naturtriebs und Fortpflanzung des eigenen Wesens in der Fortpflanzung der Rasse, nichts zu tun hat und durch ein Maß von Einsicht, das die blinde Leidenschaft aufgibt. Da jedoch diese Bedingungen in der gegenwärtigen Gesellschaft in ungemein zahlreichen Fällen nicht vorhanden sind, so ergibt sich, daß die heutige Ehe vielfach entfernt ist, ihren wahren Zweck zu erfüllen, und daß es daher nicht gerechtfertigt ist, sie als eine ideale Institution (Einrichtung) anzusehen. (August Bebel in dem Buche: Die Frau und der Sozialismus.)

Unentweichtes Gespräch

Frau: „Sag einmal ehrlich, Edgar, hast du nie ein Mädchen geliebt vor mir?“

Mann: „Na, das schon! Aber weißt du, für dich habe ich mir einen frühen Schnurrbart wachsen lassen.“

Galgenhumor

„Ach, es ist enttäuschend bei Ihnen hier draußen, Herr Kommerzienrat. Dieser wunderbare Salon mit dem Ausblick nach dem Garten. Nur Monstrositäten fehlt, dann wäre das herrliche Bild vollständig!“

„Sehen Sie mich an, gnädiges Fräulein, ich glaube, ich kann auch damit dienen.“

Ihr erstes Mittagessen

Vater: „Heute hast du zum erstenmal gekocht. Was hat denn dein Mann dazu gesagt?“

Mutter: „Gesagt hat er nichts, aber nach dem Essen ist er zu einem Bekannten, einem Magenpezialisten, gegangen.“

Deutschland

Der Bauer fährt den Roggen ein.
Der Junker sitzt im Sonnenschein.
Die jüngste „Magd“ bekommt ein Kind.
Im Lindenbaume singt der Wind.

Im Zeitungswalde singt es auch,
Ein lieber frommer deutscher Brauch,
Ein Sang von Ehre und von Ruhm:
„All-Deutschland darf auf Lorbeer ruhn!“

Der kühne Graf ritt durch die Lüfte
Da öffnen sich die alten Gräfte:
Der Kurfürst pfeift aus fehrbellin:
Ich bin der Geist von Zeppelin!

No, teulich zu sein, das ist 'ne Luft,
Ein jeder wirft sich in die Brust —
Wir sind der hohe Adlergeist,
Der aller Welt die Wege weist!

Das rühmt die teutsche Wissenschaft,
Das platzt beinah vor Geisteskraft.
Vor lauter Geist hat man indessen
Den Hammer und die Faust vergessen.

Wer ist es, der bei Tag und Nacht
Den Namen Deutschland ehrbar macht?
Proletenhand: Proletenschweiss:
Das ist's — was wirklich Deutschland heisst!

Max Dörst

Auf steinigem Wege, aber immer aufwärts!

Zu wenig! Nichts erreicht! Zu langsam! ruft mancher Kollege in den Versammlungen, wenn über Sozialpolitik berichtet wird. Nur ein kurzer Rückblick auf ein halbes Jahrhundert wird ihm über die beachtlichen Erfolge immerwährender Gewerkschaftsarbeit gezeigt. Seit wir eine sozialistische Bewegung haben, hat diese sozialpolitische Forderungen für die Arbeiterschaft aufgestellt, und seit wir freie Gewerkschaften haben, haben diese an der Verwirklichung des sozialpolitischen und kulturellen Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse gearbeitet. Die Arbeit hatte Erfolg. Wer will das bestreiten?

In den achtziger Jahren hat die bürgerliche Klasse aus Furcht vor der drohenden Gefahr des immer stärker werdenden Proletariats sogenannte Sozialreformen durchgeführt. So ganz leise wollte man die sozialistischen Forderungen als „freiwillige Tat“ des Bürgertums teilweise durchführen. Was dem bürgerlichen Sozialistengesetz nicht gelang, nämlich die Verwirklichung der sozialistischen Bewegung in Deutschland, sollte durch Reformen erreicht werden.

Von der Sozialdemokratischen Partei wurden bereits 1875 auf dem gothar Parteitag auf sozialem Gebiet folgende Programmforderungen beschlossen:

Unbeschränktes Koalitionsrecht, einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag, Verbot der Sonntagsarbeit, Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Eittätigkeit schädigende Frauenarbeit, Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter, familiäre Kontrolle der Arbeiterwohnungen, Überwachung der Bergwerke, der Fabriken, Werkstätten und Hausindustrie durch von Arbeitern gewählte Beamte, ein wirksames Haftpflichtgesetz (Unfall), Regelung der Gefängnisarbeit, volle Selbstverwaltung der Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Schon aus den Forderungen ist zu ersehen, daß es damals weder Arbeitszeitregelung noch Arbeiterschutz oder Sozialversicherungsgesetze, wie Krankenversicherung, Jubiläen-, Unfallversicherung usw. gab.

Auf dem Parteitag in Erfurt 1891 wurden die sozialen Forderungen erweitert, und zwar:

Forderung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitsstages, Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, Verbot der Nachtarbeit, eine ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden in der Woche für jeden Arbeiter, Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern, Durchgreifende gewerbliche Hygiene, Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern, Beseitigung der Gefährdungen, Sicherstellung des Koalitionsrechtes, Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Also vom allgemeinen Normalarbeitsstag zum achtstündigen Arbeitstag, längere Ruhepausen, Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Arbeitsämter und Arbeitskammern, der Fortfall der mittelalterlichen Gefährdungen, die Landarbeiter mit Gefängnisstrafen zwingen konnte, an ihrer Arbeitsstelle zu bleiben. Die Arbeiterversicherungen waren errichtet, aber zum Teil von eigenen Körperschaften verwaltet, bei denen weder die Mitglieder noch die Gesetzgebung allzu großen Einfluß hatten. Es vergingen wieder 20 Jahre mit dem 4½-jährigen Weltkrieg, der auch in der Sozialpolitik äußerst hemmend wirkte. Und so hat dann die Sozialdemokratische Partei auf dem Parteitag in Heidelberg 1925 ein sozialpolitisches Programm beschlossen, das sich mit den Zielen der Tagesarbeit der freien Gewerkschaften deckt. Die Arbeiterbewegung in Deutschland und der Welt ist nicht mehr nur eine Gemeinschaft der Handarbeiter, sondern alle schaffenden Stände sind an ihr beteiligt. Die heidelberg Programme fordern den Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen und lauten:

Schutz des Koalitions- und Streikrechtes, gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit, Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens 8 Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in den Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben, Einschränkung der Nachtarbeit, wöchentliche ununterbrochene Ruhepausen von mindestens 48 Stunden, jährlicher Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes, Erledigung von Notstandsarbeiten sind den Gewerkschaften zu überlassen, Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen, Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Ge-

Lehrlings- und Berufsfragen im Elektroinstallateurhandwerk

Die starke Nachfrage nach Lehrstellen in den elektrotechnischen Berufen führt seit Jahren zu einer starken Überfüllung. Die Gründe für den Eintritt in die elektrotechnischen Berufe sind mannigfaltig. „Die Elektrotechnik hat Zukunft“, sagen die meisten Eltern. Für andere ist es der „bessere“ Beruf. Viele Knaben werden angeregt durch den naturwissenschaftlichen Unterricht in der Schule. Die Aussicht, bei einem Elektrizitätswerk angestellt zu werden, ist oft ein weiterer Grund.

Manche Lehrherren im Elektroinstallateurhandwerk haben sich das starke Angebot von Lehrlingen insofern zunutze gemacht, als sie vielfach weit über die zulässige Zahl Lehrlinge einstellten. Oft findet man bei den Lehrherren die Meinung vertreten, daß sie auf jeden Gehilfen einen Lehrling benötigen, und sie begründen diese Ansicht mit dem Hinweis auf die notwendige Hilfeleistung bei den Montagearbeiten. Ohne zu übertreiben darf man wohl die Behauptung wagen, daß in manchen Betrieben schon seit Jahren eine Lehrlingsgichterei getrieben worden ist, die in ihren Auswirkungen auch den Arbeitsmarkt der Ausgelernten ungünstig beeinflusst.

Aber nicht nur die Gehilfen leiden unter der Überfüllung ihres Berufs, sondern auch die Inhaber der Elektroinstallateurfirmen selbst. Viele ältere Gehilfen haben sich infolge längerer Arbeitslosigkeit selbständig gemacht und machen den älteren Elektroinstallateurfirmen eine fühlbare Konkurrenz. Oft besitzen solche Neuanfänger nicht einmal eine eigene Werkstatt. Zum andern wird darüber Klage geführt, daß arbeitslose Elektromonteur ausgebeutete „Schwarzarbeit“ verrichten. Das hat wieder eine vermehrte Einstellung von Lehrlingen zur Folge, die als billige Arbeitskräfte das Geschäft konkurrenzfähig machen sollen. Wohl machen die Elektrizitätswerke die Konzeptionserteilung abhängig von dem Bestehen der Meisterprüfung oder von einer entsprechenden Vorbildung, sei es als Ingenieur oder Techniker. Die Prüfung der übrigen beruflichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen (Betriebsrichtung) spielt dabei keine Rolle. Auch auf Umwegen wird nicht selten die Konzeption erreicht.

Eine genaue Nachprüfung über die Lehrlingszahl gegenüber den beschäftigten Gehilfen läßt sich infolge der wechselnden Beschäftigung im Elektrohandwerk schwer durchführen. Viele Lehrherren haben die Gewohnheit, die Zahl ihrer einzustellenden Lehrlinge nach der Zahl der in der Hochkonjunktur beschäftigten Gehilfen zu bemessen, läßt dann die Beschäftigung nach und Gehilfen werden wieder entlassen, so übersteigt in der Regel die Zahl der Lehrlinge die der Gehilfen.

Die Fortschritte in der Elektrotechnik haben das elektrotechnische Gewerbe zu einem umfangreichen und vielseitigen Berufsgebiet gestaltet. Doch bestehen bei weniger leistungsfähigen Firmen die Arbeiten meist nur in der Installation von Lichtleitungen, die Ausbildung der Lehrlinge ist daher höchst einseitig. Auch von der Ausrüstung des eigenen Werkzeuges haben die Lehrlinge oft keine Ahnung, weil die entsprechende Einrichtung und Werkstatt fehlt. Kein Wunder, daß dann über das häufige Versagen bei der Gehilfenprüfung geklagt wird. So zum Beispiel haben von 141 Lehr-

lingen, die sich der Gesellenprüfung in Frankfurt a. M. unterzogen, etwa ein Drittel die Prüfung nicht bestanden. Gleichviel fallen bei der Meisterprüfung durch. Bei der Elektrotechnik müssen neben praktischen Können auch ausgebeutete theoretische Kenntnisse, besonders in Mathematik und Physik vorhanden sein.

Ang den Mißständen im Elektroinstallateurhandwerk entgegenzutreten, ist der Reichsverband deutscher Elektroinstallationsfirmen dazu übergegangen, das gesamte Lehrlings- und Prüfungswesen einer Änderung zu unterziehen. In der am 10. November vorigen Jahres in Magdeburg stattgefundenen Sitzung haben sich sämtliche Meisterprüfungskommissionen des Elektroinstallateurgewerbes Deutschlands eingehend mit dem Lehrlingswesen befaßt. Neben der Bekämpfung der Schwarzarbeit verlangen sie von den Elektrizitätswerken strengere Bedingungen für die Erteilung der Konzeption. Eine einheitliche, über das ganze Reichsgebiet sich erstreckende Gehilfen- und Meisterprüfungsordnung soll durchgeführt werden.

Die Ablegung der Meisterprüfung bei einer anderen Prüfungs-kommission als der des eigenen Bezirks, bei der die Bedingungen vielleicht nicht so streng gehandhabt werden, soll nicht mehr statthaft sein. Den Ausbildungsfragen soll mehr als bisher Bedeutung geschenkt und bei der Einstellung von Lehrlingen soll auf deren Eignung für den Elektroinstallateurberuf besonderes Gewicht gelegt werden. Bestimmte Anforderungen werden auch an den Lehrherren gestellt, dergestalt, daß eine vorchriftsmäßige Einrichtung der Werkstatt vorhanden sein muß, die eine gute Ausbildung der Lehrlinge gewährleistet, und zwar auch im Schmieden, Feilen und Drehen.

Die Frankfurter Handwerkskammer ist daran, auf die Lehrlingshaltung ihr besonderes Augenmerk zu richten. Dabei soll, um einer weiteren Überfüllung vorzubeugen, die Lehrlingshöchstzahlordnung in Anwendung gebracht werden. Im hiesigen Kammerbezirk ist üblich, auf einen Meister zwei Lehrlinge, auf zwei ständig beschäftigte Gehilfen einen weiteren Lehrling bis zu einer Höchstzahl von zehn Lehrlingen. Bei etwa 600 in Frankfurt a. M. vorhandenen Elektromonteuren wurden alljährlich 160 Lehrlinge eingestellt, eine Zahl, die zu großem Nebenbei Anlaß gibt. In vier Jahren wäre der ganze Gehilfenstand neu ersetzt. Diese Maßnahmen sind bereits recht deutlich zu merken. Während im vorigen Jahre 150 Lehrlinge zur Einstellung gelangten, sind es in diesem Jahre nur 93. Das kann nur begrüßt werden.

Wie notwendig die Anbahnung einer sinnvollen Berufs- und Arbeitsmarktpolitik war, die keine Rücksicht auf die egoistischen Anschauungen einzelner Lehrmeister nimmt, zeigt auch die starke Arbeitslosigkeit im Elektroinstallateurhandwerk. Von 600 Installateurgehilfen sind 840 arbeitslos gemeldet, von denen nur 92 vermittelt werden konnten. Der kommende Lehrlingsmangel erfordert gebieterisch vorausschauende berufspolitische Maßnahmen. Das überlaufene Handwerk muß entlastet werden. Hier volkswirtschaftlich und berufspolitisch ausgleichend zu wirken, wird eine wesentliche Aufgabe der Berufsberatung in Verbindung mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer sein.

R. W., Frankfurt a. M.

werbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angehörigen als Beamte und als Vertrauenspersonen zu einer Reichsanstalt auszubauen ist. Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfe durch die Schlichtungsbehörden. Ständige Arbeitsgerichte, losgelöst von der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Einheitsliches Arbeitsrecht. Vereinheitlichung der sozialen Versicherungs- und Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Gewerkschaften. Umfassende, vorzuziehende, helfende und vorzuziehende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, insbesondere der Erziehung, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtsfürsorge, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt. Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Durch unermüdeliches Arbeiten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in den Reichs- und Landesparlamenten wurden auch die sozialen Forderungen von 1925 bereits zum Teil verwirklicht. Die noch nicht verwirklichten Forderungen sind die Zukunftsarbeit der Arbeiterbewegung. In dieser Art Klassenkampf, dem Kleinkampf um Verbesserung der Lebenslage, Sicherung des Lebens und Gesundheit der Arbeiterschaft werden die Organisierten immer an erster Stelle stehen, ausgehend von dem Gedanken: „Demokratie bedeutet Vergrößerung der politischen Macht der Volksmasse und jede Verbesserung der Sozialgesetzgebung, die den Arbeitern hilft, schädigt die unmittelbaren Interessen von Kapitalistengruppen.“ Weil dies die Bürgerlichen auch kennen, daher hat ihre Sozialreform nie einen großzügigen, freigebigen und weitherzigen Charakter tragen können. Die Rechtsparteien und Rechtsregierungen versuchen in der Sozialpolitik immer möglichst wenig zu geben und das Wenige möglichst groß erscheinen zu lassen. Selbst die „Arbeiterführer“ im bürgerlichen Lager pfuschen und feilschen an den von der Sozialdemokratischen Partei gestellten Forderungen herum, so daß sie oft fast unkenntlich, nur teilweise das ausdrücken, was angestrebt wurde.

Die Rechtsparteien haben in ihren Programmen zwar auch Richtlinien über Sozialpolitik, diese Sätze sind aber nur enthalten, um Arbeiterwähler zu fördern. Ihre bürgerlichen Programmpunkte gehen regelmäßig in die Brüche, sobald diese Parteien in die Lage kommen, ihr soziales Programm verwirklichen zu können. Weiße Salbe für die Arbeiter. So ist das Lippenbekenntnis und scheinbare Eintreten der Rechtsparteien für soziale Verbesserungen nichts anderes als Kesseltrommel. Es ist ihnen nicht ernst mit der Durchführung und Ausbau der Sozialgesetzgebung. Auch das Unternehmertum, das seine Vertretung in allen bürgerlichen Parteien hat, schreit schon seit Jahr und Tag „Schluß mit der Bewilligung von Sozialausgaben; die sozialen „Lasten“ sind untragbar.“ Daß letzteres nicht stimmt, kann leicht bewiesen werden.

Wenn trotz des Geschreis die Rechtsparteien den von der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften gestellten Verbesserungsanträgen zustimmen, so nur, weil sie den Angriffen der sozialdemokratischen Wortführer und dem Drängen ihrer Arbeiterwähler nicht widerstehen können. Allerdings muß manche Verschlechterung der Anträge und manches „Ja“ und „Nein“ in Kauf genommen werden. Durch immerwährende Kritik der Arbeitervertreter, die fortwährend die Forderungen der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiet hören lassen und die Klare Bestimmungen und Auslegungen der Sozialgesetze verlangen, können die bürgerlichen Paragraphen doch vielfach zum Nutzen der Mitglieder ausgelegt werden. Ein Rückblick auf die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei aus den Jahren 1875 in Gotha, 1891 in Erfurt und 1925 in Heidelberg, ferner ein Vergleich mit dem heutigen Stand der Sozialgesetzgebung zeigt die Erfolge der gemeinsamen Arbeit von Gewerkschaften und Partei recht deutlich auch jenen, die ständig über mangelnde Later heulmeiern. Selbstverständlich wären wir in Deutschland auch in der Sozialpolitik noch einen großen Schritt weiter, wenn ein Teil der Arbeiterwähler, Arbeiterinnen und Handwerker nicht jenen Parteien nachlaufen würden, die sie durch Versprechungen, an deren Erfüllung diese Parteien niemals ernstlich denken, nur an der Nase herumführen.

Jeder Kollege versucht weitere Erfolge in der Sozialpolitik zu erreichen. Wer will angesichts dieses Willens mit den Vorkämpfern behaupten, es würde „nichts gemacht“? Mit aller Macht versuchen die Unternehmer und ihre bezahlten Gazetten die vorwärtsstrebende Sozialpolitik, besonders die Sozialgesetzgebung aufzuhalten. Abbau der sozialen „Lasten“ ist ihr Schlagtruf. Die Arbeitslosenversicherung, Knappschaftsversicherung und Krankenversicherung werden von ihnen am härtesten bekämpft. Arbeitskollegen, der Kampf der Unternehmer gilt euch und euren Familien, stellt euch in die Front der Gewerkschaften, die den Reaktionsären ein „Hände weg von der Sozialgesetzgebung“ bieten.

Christian Ebdeman

Ein Kriegsblinderhund wird überfahren

Alle, die das schreckliche Ereignis miterlebten, wurden zu Tränen gerührt. Ein Kriegsblinder, der Invalide Micheletti aus Mailand, hatte mit seinem Hund, einem mächtigen schwarzen Hund, einen Spaziergang durch die Stadt gemacht und dann auf der Terrasse eines kleinen Kaffeehauses — wie jeden Tag — Platz genommen. Der Blinde sah friedlich an seinem Tisch, während der treue Hund, der jetzt von seiner Leine losgelassen war, lustig im Garten herumspazurierte. Nichts störte dieses Bild, das von den übrigen Gästen des Kaffeehauses beobachtet wurde, als plötzlich jemand aus dem oberen Stockwerk des Hauses einen Topf mit Wasser auf die Straße goß. Der Hund schrak zusammen und rannte wie besessen quer über die Straße, gerade unter die Räder eines vorbeifahrenden Autos, von denen er im Bruchteil einer Sekunde gerammt wurde. Ein Entsetzensschrei kam von den Lippen der Zuschauer — der Blinde aber verzehrte lächelnd seinen Kuchen, ohne zu begreifen, daß dieser Zufall ihn selbst betraf. Einige Augenblicke stand das Publikum wie erstarrt, noch ein paar schwache Juchzungen durchliefen den erschrockensten Körper des armen Tieres, aber niemand wagte, seinen Herrn von dem Unglück in Kenntnis zu setzen.

Endlich trat ein Mann aus der Zuschauermenge hervor und nahm neben dem Blinden Platz. Die Passanten hielten den Atem an. Micheletti wandte seine toten Augen dem unerwarteten Besucher zu und begrüßte ihn höflich. Mit ein paar Worten wärte ihn der andere auf. Da verfiel ihm das Gesicht des Blinden, er sprang auf, ein rauher Laut kam aus seiner Kehle, dann sank er bewußtlos zu Boden.

Gütliche Arme griffen an und richteten ihn auf. Kein Wort der Klage brachte er hervor, nur seine Hände zitterten, seine Rippen bebten und seine erloschenen Wände suchten die Stelle, an der sein Gefährte das Leben lassen mußte. Man führte Micheletti an den Platz. Wiederkam er den blutigen Körper des Tieres an sich, dann wankte er, von einigen Passanten gestützt, nach Hause.

Den einzigen Freund, den ihm das Leben ließ, hat ihm die rauhe Wirklichkeit entziffen.

R. Z.

Wie wird der Durst bei Arbeit in heißen Betrieben gestillt?

Gewerbedeputat Dr. S. Wetke schreibt in einem Aufsatz über „Ernährung und Erholung“ in Heft 1 1929 des „Archiv für soziale Hygiene und Demographie“: „Zur Durststillung wird häufig ein dünner Kaffee oder Tee bereitgestellt. Dagegen ist nichts zu sagen, wenn die Flüssigkeitszufuhr in bescheidenem Maße erfolgt. Nach den Erfahrungen der Arbeiter an Schiffstesseln oder an heißen Betriebsstätten gilt es als zweckmäßiger, nur kleine Mengen zum Anfeuchten der Mundhöhle zu trinken oder nur den Mund damit zu spülen, weil andernfalls Magen- und Verdauungsbeschwerden die Folge sind. Fruchtsäfte, Obst- und frisches, reifes, saftiges Obst werden als das Beste angesehen, weil die Flüssigkeitszufuhr sich am längsten im Körper halten.“ Natürlich wäre noch die Pflicht zu erwähnen, die nennenswerten in stark zunehmendem Maße in Industrie- und Bergwerkbetrieben ausgesprochen wird und Zuspruch findet.

„Unten die Ursachen, oben die Wirkungen“

In einem geräumigen, ehemaligen Kloster ist die Brennerei des Kantons E. eingerichtet. Die großen prächtigen Keller bedient der Staat noch heute als Kellereien für seinen Wein und Schnaps. Wenn der Direktor hohen Besuch empfing, führte er seine Gäste auch in die breitgedöhlten Kellerräume mit den stolzen Säulen und erklärte: „Hier unten werden die Ursachen aufbewahrt, oben in den Pranken die Wirkungen.“ — So liebt man in einem Schweizer Kanton.



Verbandsleben



Droht wirklich Facharbeitermangel?

Wiederholt befahte sich die Metallarbeiter-Zeitung mit dem Facharbeitermangel. Auch in Zukunft werden die Vertreter der Industrie über den gegenwärtigen und künftigen Mangel an Facharbeitern gellagt. Bisherige Vorhersagen werden gemacht und die Syndikate der Konzerne probieren alles nur Erdenkliche aus, um das — angeblich — drohende Unheil zu beschwören. Vom Standpunkt der Arbeiter sieht die Sache wesentlich anders aus. Natürlich liegt auch uns, den Metallarbeitern, viel daran, daß die Metallindustrie leistungsfähig ist und auf dem Weltmarkt mit ihren Erzeugnissen bestehen kann. Aber fehlt es denn wirklich heute schon an Facharbeitern? Diese Frage muß doch angesichts der großen Zahl von jüngeren und älteren erwerbsfähigen Facharbeitern verneint werden. Wenn ein Facharbeitermangel wirklich bestünde, was sehr fraglich ist, dann entspräche er der Tatsache, daß sehr viele Lehrlinge nach Beendigung ihrer Ausbildung auf der Straße verworfen werden, wo sie dann in den meisten Fällen nach monatelangem, sogar jahrelangem Nichtstun oder Beschäftigung mit Notstandsarbeiten für das von ihnen gelernte Fach vollständig verloren sind.

Nun zu den Alten. Es ist wirklich höchste Zeit, daß sich die gesamte Arbeiterklasse, vor allem aber die Führer der Gewerkschaften viel nachdrücklicher für die vorzeitig aus der Produktion Geworfenen einsetzen. Die Sache ist dermaßen wichtig, daß ihr gar nicht genug Kraft und Aufmerksamkeit zugewendet werden kann. Ist es nicht traurig, daß man bei Straßenbauern, Flugregulierung und dergleichen häufig frühere ältere Kollegen, über deren berufliche Leichtigkeit man staunen muß, mit Spitzhüte und Schaufel arbeiten sieht. Diese Arbeit, die ihren Körper in kurzer Zeit zermürbt, macht fast wie Strafarbeit an. Und doch könnte so mancher dieser Kollegen in der Produktion noch viel wertvoller schaffen. Bei den heute so häufig vorkommenden Betriebsreorganisationen und sogenannten Rationalisierungsmaßnahmen wird mancher gutgeschulte Fachmann auf's Klößchen geworfen. Das Unternehmertum könnte sich ja leicht die gesuchten Leute sichern. Statt dessen werden sie rücksichtslos entlassen, zumal wenn sie die vierziger erreicht haben; sie werden auch, weil angeblich zu alt, nicht wieder eingestellt, so daß eine Fülle von Fachkenntnis und Handfertigkeit, die hohe Summen darstellen, für die Wirtschaft verloren gehen. Und nachdem das Unternehmertum diesen straffälligen Raubbau verübt, schreit es über Facharbeitermangel, der in den nächsten Jahren noch schlimmer werde und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gefährde! Man sieht, auch hier wieder verursacht die Beschränktheit unserer genialen Wirtschaftsführer ein Übel, und dann schreien sie Gott und alle Welt an, dem Übel zu steuern.

Daß heute ein Facharbeitermangel bestünde, ist indessen entschieden zu bezweifeln. Wäre er tatsächlich vorhanden, dann könnte es nicht geschehen, daß über vierzig Jahre alte Facharbeiter streikfähig sind oder Notstandsarbeit verrichten müssen und der Wohlfahrtspflege anheimfallen.

Mit dem Verfasser des Aufsatzes in Nr. 34 der MZ stimme ich insoweit überein, daß die Ausbildung der Lehrlinge und jugendlichen Facharbeiter gefördert werden muß. Auch ist es erforderlich, daß den jüngeren Kollegen ein Wechsel der Betriebe ermöglicht wird, um ihnen eine größere Vielseitigkeit anzueignen. Die Betriebsseite wie die Gewerkschaften könnten in dieser Hinsicht auch manchen Weg zeigen. Betreffs der Alten bleibt gar keine andere Möglichkeit, als durch Gesetz die Unternehmer zu zwingen, Arbeiter, die durch langjährige Arbeit in ihrem Betrieb, wenn sie nicht mehr die Bollkraft der Jugend besitzen, aber noch nicht invalide sind, weiter zu beschäftigen, auch dann, wenn innerhalb des Konzerns Scheinmondbörse durchgeführt werden, indem man an einem Ort einen Betrieb schließt und die Produktion aber an einem andern Ort weiterführt. Es ist wirklich höchste Zeit, daß die Gewerkschaften tatkräftig auf die politischen Parteien einwirken, damit eine Änderung dieser sich täglich verschlimmernden Zustände eintritt.

S. Pierles.

Unter der Überschrift: Besehung des Facharbeitermangels bringt die MZ (in Nr. 34) einen Aufsatz, der wohl den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Es wird dort behauptet, daß ein Facharbeitermangel bestehe und daß er in den nächsten Jahren durch den Geburtenrückgang in den Kriegsjahren noch stärker werden würde. Wie sieht es nun in Wirklichkeit damit? Nach dem statistischen Reichsanwalt werden aus der Tabelle entnommen im Jahre

1928	619000	1932	629000
1929	478000	1933	496000
1930	623000	1934	628000
1931	617000		

Der jährliche Bedarf wird mit 250 000 errechnet. Sicher ist zu erwarten, daß in den nächsten Jahren viele Lehrstellen unbesetzt bleiben werden. Da hätten wir also den drohenden Facharbeitermangel. Dennoch ist es ein kleines Wunder, daß man für die Unternehmer, denen der Vorrat an billigen Arbeitskräften ein- geschränkt wird.

Somit wieder muß man die Behauptung machen, daß viele junge Leute, die eine drei- bis vierjährige Lehrzeit hinter sich haben, in ihrem Beruf kein Fortkommen finden und irgend etwas anderes ergreifen, um nur ihren Unterhalt zu finden. Es herrscht eben kein Mangel, sondern ein Übergang auch an Facharbeitern. Auf dem Gebiete des Lehrlingswesens herrscht noch völlige Anarchie. Man nimmt heute einen Lehrling an, um ihn als Arbeiter zu haben, um ein großes Meisterstück zu bilden. Nicht dringlich kommt dieses auch in der Holzindustrie zum Ausdruck. Auch hier ein großer Mangel von Kräftigen, die gar nicht unterzubringen sind. Deswegen angeht wird die Ausbildung von jungen Leuten insoweit weiter gehalten, als es möglich ist mit den geringen Gehältern und Gehaltsfortschritten, die den Lehrlingen im ersten Jahr zufließen.

Durch die Rationalisierung und Beseitigung der Arbeitsvorgänge sind sich das Unternehmertum von qualifizierten Arbeiter immer mehr unabhängig zu machen. Das Ziel ist, jede Arbeit so einzurichten, daß sie in kurzer Zeit von unqualifizierten und ungeschulten Leuten verrichtet werden kann. Beispiele hierfür sind heute genug anzuführen. Man braucht ja nur die in dem einmündigen erwachsenen Arbeiter selber, daß gute Arbeiter über 40 Jahre kaum noch unterzubringen sind, ein Zeichen dafür, daß kein Mangel herrscht, denn sonst würden auch diese Leute Beschäftigung finden. In einer Untersuchung werden wir erst wissen, wenn die Gewerkschaften ein entsprechendes Wort mitzubringen haben über die Regelung des Nachwuchses, wie es in den graphischen Gewerben bereits der Fall ist.

Selber als Facharbeiter tätig, muß ich feststellen, daß ich von einem Mangel bisher nichts bemerkt habe. Im Gegenteil, unsere Position hat sich gegenüber der Vorkriegszeit behebend verschlechtert. Die Arbeiterklasse kann dem „drohenden“ Facharbeitermangel in aller Gemütsruhe entgegensehen. Schuma cher.

Bei Stellungannahme in der Schweiz

Eine Antwort an viele

Für deutsche Staatsangehörige ist die Visumspflicht für die Einreise in die Schweiz vollständig aufgehoben. Aus der Aufhebung der Visumspflicht darf aber kein Anrecht auf längeren Aufenthalt oder Stellenantritt abgeleitet werden.

Nach der Einreise hat der Ausländer sich anzumelden und das Aufenthaltsverhältnis zu regeln nach Maßgabe der einschlägigen Vorschriften. Wohl ist ihm nicht verboten, sich um Arbeit umzusehen, aber er darf keine Stelle antreten und keine selbständige Erwerbstätigkeit (sofern letztere die Dauer von acht Tagen übersteigt) ausüben, bevor ihm hierzu der Aufenthalt von der kantonalen Fremdenpolizei bewilligt oder provisorisch zugesichert worden ist. Die Bewilligung zum Stellenantritt, und zwar auch für Dienstmädchen und Saisonarbeiter, ist in allen Fällen bei der kantonalen Fremdenpolizei nachzusuchen. Die Gemeindebehörden sind dafür nicht zuständig.

Der Ausländer kann die Bewilligung zum Stellenantritt vom Ausland her oder durch Vermittlung des schweizerischen Unternehmers einholen; wird sie ihm erteilt, kann er sofort nach der Einreise die Stelle antreten und er muß sich lediglich innerhalb acht Tagen zur Regelung des Aufenthaltes bei der Ortspolizeibehörde anmelden. Der schweizerische Unternehmer kann aber auch vorerst eine grundsätzliche Zustimmung der kantonalen Fremdenpolizei einholen. Der alsdann angeworbene Ausländer meldet sich sofort nach der Einreise bei der Gemeindekanzlei, die ihm auf Grund der vorzulegenden grundsätzlichen Zustimmung eine provisorische Bewilligung zum Stellenantritt erteilt. Die schriftliche Zustimmung ist mit dem Aufenthaltsgesetz der kantonalen Fremdenpolizei einzuweisen. Ist ein Ausländer ohne vorhergehende Zustimmung eingereist, so ist er, sofern er sofort eine Stelle antreten will, vorerst an die kantonale Fremdenpolizei zu verweisen; diese kann nötigenfalls vor der endgültigen Regelung des Aufenthaltes provisorische Bewilligung zum Stellenantritt erteilen.

Die Löhne in den amerikanischen Montagewerkstätten

Eine Reihe amerikanischer Automobilfirmen haben in Deutschland Montagewerkstätten errichtet. Zuerst dem Fordbetrieb konnte mit allen durch die Gewerkschaften ein Werkstattdienst abgeschlossen werden. Die meisten dieser Firmen befinden sich in Berlin. Es ist nun gut zu wissen, welche Löhne in den Tarifverträgen festgesetzt sind. Um mit dem Fordbetriebe zu beginnen, so beträgt der Einstellungslohn dort bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden 1,87 M die Stunde, der bis auf 2,25 M gesteigert werden kann. Bei der General Motors wird ein Stundenlohn von 1,60 M für männliche Facharbeiter und 1 M für weibliche Arbeiter gezahlt. Der Fordvertrag muß mindestens 25 bis betragen. Die Arbeitszeit beträgt 46 1/2 Stunden wöchentlich. Bei der Chrysler Company beträgt der Einstellungslohn für Facharbeiter 1,40 M die Stunde, er erhöht sich nach sechswochentlicher Beschäftigung um je 5 J bis zur Spitze von 1,80 M. Die Arbeitszeit beträgt 45 Stunden. Die Graham Paige Automobil-Gesellschaft zahlt einen Einstellungslohn für Facharbeiter von 1,40 M, der nach 14tägiger Probezeit auf 1,60 M steigt und sich nach drei Monaten Beschäftigung um 5 J auf 1,80 M erhöht. Für ungelernete Arbeiter beträgt der Spitzenlohn 1,40 M. Willys Oberland & Co zahlt einen Einstellungslohn von 1,50 M, der auf 1,60 M gesteigert werden kann. Bei der Karosseriefabrik Ambi-Budd ist der Facharbeiterlohn auf 1,85 M bis zu 1,70 M festgesetzt.

Sammlende hier mitgeteilten Löhne sind Basislöhne, die bei Fordarbeiten eine entsprechende Erhöhung erfahren können. Zweifellos liegen die von den amerikanischen Montagewerkstätten gewährten Löhne weitens über denen, wie sie von deutschen Unternehmern gezahlt werden. Diese erklären, denartig hohe Lohnsätze nicht bewilligen zu können: Die amerikanischen Firmen seien dadurch im Vorteil, weil sie nur Montagearbeit verrichten lassen. Wie dem auch sei, auch die deutschen Unternehmer müssen unter allen Umständen dahin gebracht werden, daß Stundenlöhne von 1,60 bis 1,80 M auch bei ihnen die Regel sind.

25jähriges Jubiläum in Garzgerode

Die Verwaltungstelle in Garzgerode beging neulich durch eine Festlichkeit ihr 25jähriges Bestehen. Es waren hierzu von auswärtigen Kollegen gekommen, die an der Gründung beteiligt waren. Als Vertreter der Stadt brachte der Bürgermeister, Genosse Grotsch, die Glückwünsche der Stadt. Ihm folgten Vertreter des Ortsausschusses des MGB und des Parteibüros. Kollege Geisert gedachte der Gründung der Verwaltungstelle. Dann kam einer der Mitbegründer, Kollege Trautwein, der die Geschichte seiner reichen Erfahrung aus der Gründung zum besten gab. Als letzter Redner behandelte der Bezirksleiter Köppler von Halle in tiefstürmenden Darlegungen das Gewerkschaftsproblem. Wenn allerdings die Entwicklung mit so wenig Störungen vor sich gegangen wäre wie in Garzgerode, dann wären wir, so meinte der Redner, dem sozialistischen Gedankensystem näher. Es wurde sodann vom Kollegen Behrend den 25 Jubilären eine Ehrenurkunde überreicht, wofür der Kollege Schlichter herzlich dankte. Lerner und Gänger als auch die Jugend weiterfeierten miteinander, um das Fest zu beschließen. Ein Tanz hielt die Versammlung noch einige Stunden frohlich beisammen.

Dank den norwegischen Kollegen

Am 15. August 1933 verunglückte weit oben in Norwegen unser Verbandsmitglied Gerbert Berndt. Er war mit seinem Freunde und Verbandskollegen Adolf Kujper auf der Wanderschaft. Kollege Berndt, ein einziger Schwager, übernahm, führte auf einen Felsen. Der Tod trat sofort ein. Die Bergung der Leiche war infolge der Entfernung und der unwegsamen Gegend äußerst schwierig. Der Tod kostete 50 Kilometer zurückgelegt werden. Kollege Kujper zeigte sich als der anständigste Freund. Der Tod wurde in Bagdad mit reicher Blumenpranke beehrt.

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und des norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes Oslo läßt sich schwer mit Worten schildern. Wenn sie hierher gebracht für den Dienst, den sie einem toten Mitglied unseres Verbandes erwiesen haben. Dank besonders auch den Herren Lammert und Herrn Olsen aus Oslo und dem Herrn Skjold in Bagdad.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphenadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-21. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 15. Sept. ist der 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. September 1933 fällig.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungstelle Gernsbühl:
Der Schlosser Karl Haber, geb. am 2. Januar 1901 zu Lindau, Mitgliedsbuch Nr. 6,826 704, wegen Streikbruch.

Gestohlen wurde:
Mitgliedsbuch Nr. 6,677 124, lautend auf den Metallarbeiter Fritz Meier, geb. am 29. Okt. 1885 zu Treuenbriezen. (Treuenbriezen.)

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.
Stuttgart, Rölkestraße 16. Der Vorstandsstand.

Zur Beachtung! • Zugun ist fernzubalten:

von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Elektromonturen nach Hamburg (Schwanstrom) St.;
von Formern und Gießereiarbeitern nach Solingen (Ab. Val & Towne früher Boge & Kasten).
von Klempnern und Installateuren nach Köln St.
A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; S. = Streit in Sicht; St. = Streit; W. = Maßregelung; Wi. = Mißstände; A. = Aussperrung.
Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erlaubigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln zu lassen.
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbandsanzeigen

Gesellschaftlicher-Buer. Als Verbinder des Metallarbeiter-Spims wurde der Kollege A m e n d gewählt. Den Bewerbern sei gedankt.

Schriftenschau

Statistisches Handbuch für die Deutsche Maschinenindustrie. Jahr 1929. Das Handbuch ist vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten herausgegeben mit der Absicht, den Vertretern des Maschinenbaues und den interessierten Kreisen aus Politik und Wirtschaft die wichtigsten Zahlen über die deutsche Maschinenindustrie, ihre Stellung in der deutschen Wirtschaft und auf dem Weltmarkt in übersichtlicher Form zur Verfügung zu stellen. Das Handbuch ist in breiter Auflage erschienen, was von seiner großen Beliebtheit zeugt. Verlag WMV, Berlin W 10, Tiergartenstraße 85.
Karl Legien. Ein Gedenkbuch von Theodor Leipart. Es werden bald zehn Jahre, seit Karl Legien in Charlottenburg die Fahrt in das Land des ewigen Schweigens antrat. Ein Proletarierleben hatte geendet, das untrennbar mit dem Werden der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung verknüpft war. Legiens Leben war ein Stück Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung, Triumph und Niederlagen, Freud und Leid hatte er in der Bewegung erlebt, mit ihr war er gewachsen, groß, einflussreich geworden, mit ihr hatte er auch alle Niedertracht, Gemeinheit und Tragen tief empfunden. Er kämpfte um die Anerkennung der Gewerkschaften, unermüdet wirkte er und gerieterte die vielen Einwände und Bebenken gegen die Gewerkschaften. Und dieser schlichte Mann erlebte noch den Sieg seiner Ideen, dann rief ihn ein altes qualendes Leiden nach in sein heimlichmässig jungen Jahren ins Grab. Legien ist in den Seelen geblieben. Sein Leben war Arbeit und harter Dienst für die unterdrückte Lohnarbeiterschaft. Theodor Leipart hat in dem vorliegenden Buch und den Streiter und Mensch Legien näher gebracht und so verdient dieses Gedenkbuch eine gute Aufnahme in den Arbeiterkreisen. Für Kollegen besteht ein Organisationspreis von 3,75 M. Zu beziehen von der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rölkestraße.
Die Vertretung der Beschäftigten in den reichsgesetzlichen Krankenkassen. Herausgegeben vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese wertvolle Broschüre kostet 1,25 M. Organisationspreis 95 J. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6.
Lehrkräfte der Metallhüttenkunde. Monatschrift des Deutschen Ausschusses für das technische Schulwesen (Datsch). Bezugspreis vierteljährlich 1,40 M. Datsch-Verlag, Berlin W 35, Potsdamerstr. 119b. Das Heft vom August bringt die Vorträge, die auf der eisenacher Datschtagung über die Werksmeisterausbildung gehalten wurden.
Lehrbuch der Metallhüttenkunde. Von Dr.-Ing. Viktor Tafel. 2. Aufl. Prof. der Metallhüttenkunde. Das Werk umfaßt 2 Bände. Band I behandelt Gold, Silber, Platin, Kupfer. Der vorliegende Band II behandelt Bismut, Blei, Zinn, Antimon, Zink, Quecksilber, Nickel, Aluminium usw. ist mit 184 Abbildungen im Text und 28 Tafeln versehen. Bei jedem Material sind behandelt Geschichtliches, Vorkommen, Produktion, Ausgangsmaterial, Gewinnung und Literatur. Das Werk ist unter Beihilfe erster Fachkräfte aus der Metallhüttenpraxis entstanden und bietet somit das Vollkommenste. Mas auf diesem Gebiete bisher in der Literatur erschienen ist. Preis Band I 25 M., Band II 55,50 M. Verlag S. Hirzel, Leipzig G I, Rönnestraße 2.

Die Stunde wider das Volk. Von Helmut Lehmann. Streitschrift für die deutsche Krankenfürsorge. Preis pro Stück 10 J. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berlinerstr. 187. Sie nimmt in ausgeprägter Form Stellung zu den Angriffen gegen die Krankenfürsorge. Dabei geht sie von der volkswirtschaftlichen und sozialhygienischen Bedeutung und der geschichtlichen Entwicklung der Krankenfürsorge aus. An Hand des amtlichen statistischen Materials widerlegt die Schrift die Einwände gegen die reichsgesetzliche Krankenfürsorge und weist nach, daß sie die wirkungsvollste, zweckentsprechendste und in der Verwaltung bei weitem rationellste und billigste Art der Krankenversicherung ist. Die Verwaltung der Ortskrankenkasse ist die billigste in der Krankenversicherung. Auch zur Kräftefrage wird eingehend Stellung genommen. Den Schluss bildet eine kurze aber treffende Abfertigung jener Illusionisten, die aus den Arbeiterhospitalisten machen wollen.

Unterstützungseinrichtungen der amerikanischen Metallarbeiter

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird die Statistik von den Gewerkschaften nur wenig gepflegt. Es ist nicht die Regel, daß die Verbände ausführliche, mit Zahlen belegte Jahresberichte herausgeben, wie es die deutschen Gewerkschaften tun. Auch die Berichte über die Verbände, die bei den meisten Organisationen in langen Zeitabschnitten stattfinden, enthalten gewöhnlich nur spärliche zahlenmäßige Nachweisungen.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß das arbeitsstatistische Amt in Washington vor kurzem einen umfassenden Bericht über die Unterstützung- und Wohlfahrtseinrichtungen der amerikanischen Gewerkschaften herausgab (Beneficial Activities of American Trade Unions. Washington, Government Printing Office), der auf Angaben der Verbände beruht.

Von den 150 Verbänden haben 96 irgendwelche Unterstützungseinrichtungen, aber nur 78 von ihnen haben dem Amt Nachweisungen über diese Einrichtungen gemacht, woraus hervorgeht, daß die Sterbefallunterstützung fast allgemein gepflegt wird. Von den 78 berichtenden Verbänden hatten sie 63 eingeführt, während nur 14 Invaliden-, 12 Kranken- und 10 Altersunterstützung zahlen. Arbeitslosenunterstützung haben 3 kleine Verbände.

Die Verbände der Metallarbeiter, die Angaben machten, haben sämtlich die Sterbefallunterstützung eingeführt, deren Ausmaß in der Regel nach der Dauer der Mitgliedschaft und Beitragsleistung abgestuft ist. Beim Verband der Schmiede zum Beispiel beträgt das Sterbegeld nach einjähriger Mitgliedschaft 50 Dollar und es steigt nach und nach auf 300 Dollar nach 10 oder mehr Jahren. Die Maschinenbauer zahlen ebenfalls 50 bis 300 Dollar, die Former 600 und 700 Dollar, die Brücken- und Eisenkonstrukteure 100 bis 400 Dollar, die Eisen- und Stahlwerksarbeiter 100 bis 500 Dollar, die Installateure 150 bis 400 Dollar usw. Einheitlich ist der Unterstützungssatz bei den Gießereihilfsarbeitern (100 Dollar) und den Ofenmonteuren (500 Dollar).

Sonstige Unterstützungen werden nur von einer Minderzahl der Metallarbeiterverbände gepflegt. Krankenunterstützung zahlen die Eisen- und Stahlwerksarbeiter im Ausmaß von 5 Dollar wöchentlich; ferner die Former 7,60 Dollar, mit einem geringeren Satz (5,20 Dollar) für Mitglieder, die nicht im Berufe tätig sind; die Modellmacher 4 Dollar und die Installateure 5 Dollar wöchentlich. Die Bezugsdauer währt in allen vier Verbänden 13 Wochen.

Die Unterstützung dauernd in valider Mitglieder haben drei Verbände eingeführt, nämlich die Brücken- und Eisenkonstruktionsarbeiter, die 25 Dollar monatlich zahlen, die Former, welche eine Abfindung in der Höhe des Sterbegeldes gewähren, und die Modellmacher, bei denen dasselbe zutrifft. Altersrenten gewähren die Brücken- und Eisenkonstrukteure, sowie die Elektricitätsarbeiter. Die

Rente beträgt bei dem erstgenannten Verband 25 Dollar, monatlich vom 60., bei den Elektricitätsarbeitern 40 Dollar monatlich vom vollendeten 65. Lebensjahre an. Um anspruchsberechtigt zu sein, ist in beiden Verbänden eine mindestens 20jährige Dauer der Mitgliedschaft erforderlich. Die Eisenkonstrukteure zahlen die gleiche Rente bereits nach 15 Jahren, wenn ein Mitglied infolge eines unverschuldeten Betriebsunfalles so schwer beschädigt wurde, daß es in keinem Berufe Arbeit finden kann.

Die Kosten der Unterstützungen werden gewöhnlich aus den allgemeinen Mitgliederbeiträgen gedeckt. Einige Organisationen erheben jedoch besondere Beiträge für Unterstützungskassen, wie zum Beispiel die Brücken- und Eisenkonstrukteure, bei welchen ein Sonderbeitrag von 15 Cents im Monat für die Sterbekasse zu entrichten ist.

Zwei Verbände von Metallarbeitern haben die Gruppen-, Lebens- und Invalidenversicherung eingeführt. Bei den Kesselschmiedern ist sie bis zu einem Betrag von 1000 Dollar obligatorisch, darüber hinaus freiwillig; bei den Maschinenbauern ist die Versicherung freiwillig.

Das arbeitsstatistische Amt fragte die Organisationen auch nach der Höhe der Ausgaben für Unterstützungen im letzten Rechnungsjahr, das in der Regel das Jahr 1925 oder 1926 war. Elf Verbände der Metallarbeiter verausgabten nachstehende Beträge:

Verbände	Sterbegeld Dollar	Kranken- u. Invaliden- unterstützung Dollar	Andere Unter- stützungen Dollar
Schmiede	12075	—	—
Brücken- u. Eisenkonstruktionsarbeit.	50600	—	86300
Elektricitätsarbeiter	236661	—	—
Gießereihilfsarbeiter	1800	—	—
Eisen- und Stahlwerksarbeiter	27975	30390	—
Metallpollerer	9300	—	—
Former	289355	214679	—
Modellmacher	9625	6046	—
Installateure	81690	127105	—
Klempner	29625	—	—
Ofenmonteure	2100	—	—

Von den größeren Verbänden der Metallarbeiter hat nur jener der Maschinenbauer keine Auskunft über die Höhe der Ausgaben für Unterstützungen gegeben.

Neben den zentralisierten Unterstützungen haben auch die Ortsgruppen vieler Verbände noch lokale Unterstützungseinrichtungen. Das arbeitsstatistische Amt in Washington hat seine Erhebungen auf diese örtlichen Unterstützungen nicht ausgedehnt, doch erhielt es von einigen Organisationen diesbezügliche Angaben, die zeigen, daß von den Ortsvereinen bedeutende Summen aufgewendet werden, um ihren Mitgliedern in den verschiedensten Notfällen zu helfen.

H. F.

Um einen Vergleich zu ermöglichen, lassen wir noch den Vertrag der Stadt Florenz folgen. Die Löhne auf dem Lande sind 7 bis 9 vH niedriger als die der Stadt Florenz.

Spezialisten	3,20 Lire = 0,71 Mk.
Qualifizierte Arbeiter	2,45 = 0,55
Spezialisten-Hilfsarbeiter	2,20 = 0,49
Gewöhnliche Hilfsarbeiter	2,00 = 0,44
Lehrlinge (18—20 Jahre alt)	1,40 = 0,31
Lehrlinge (16—18 Jahre alt)	1,00 = 0,22
Qualifizierte Frauen	1,15 = 0,25
Gewöhnliche Frauen	0,90 = 0,20
Burschen	0,65 = 0,14

Auch der florentinische Vertrag enthält die Bestimmung, daß die Löhne derjenigen Arbeiter, die schon über die vereinbarten Sätze verdienen, nicht gekürzt werden dürfen, und den Unternehmern wird das Recht eingeräumt, an 2 vH der Belegschaft niedrigere Löhne als die im Vertrag vorgesehenen zu bezahlen.

Für Überstunden an Werktagen werden die ersten zwei um 20 vH, die folgenden um 50 vH erhöht. An Feiertagen werden die ersten vier mit 35 vH, die folgenden mit 50 vH Erhöhung entschädigt.

Diese Verträge beziehen sich auf Nord- und Mittelitalien. Die von Südtalien sind noch nicht bekannt, aber es ist sicher, daß sie noch schlechter sein werden, als die oben angegebenen. J. V.

Internationale Berufskongresse

Vom 14. bis 17. August hielt die Internationale Föderation der Keramarbeiter in Kopenhagen ihren 6. Kongreß ab, der von 17 Abgeordneten und einigen Gästen besucht war. Der vom internationalen Sekretär G. Wollmann erstattete Bericht zeigt, daß die Mitgliederzahl auf 150 000 (davon 40 837 Frauen) in 6 Ländern gestiegen ist. Der Kongreß beschäftigte sich mit der Frage einer einheitlichen internationalen Statistik und beauftragte das Sekretariat, die Tätigkeit auf diesem Gebiete fortzusetzen. Im Zusammenhang mit einem Bericht eines englischen Delegierten über den Arbeiterschutz in der Keramikindustrie wurde dem Sekretariat empfohlen, das nötige Material über diese Frage zu sammeln und dem nächsten Kongreß einen Bericht vorzulegen. Weiter wurde das Sekretariat beauftragt, Verhandlungen mit den Internationalen der Fabrikarbeiter und der Glasarbeiter über den Zusammenschluß der drei Internationalen einzuleiten. Dem nächsten Kongreß ist über diese Angelegenheit zu berichten.

Georg Wollmann, der 24 Jahre den Posten des internationalen Sekretärs bekleidete, wünschte aus Gesundheitsrücksichten zurückzutreten. An seiner Stelle wurde Tuiskio Apeil, Berlin, mit der Führung der Sekretariatsgeschäfte betraut. Als Tagungsort des nächsten Kongresses wurde Limoges (Frankreich) bestimmt.

Vom 14. bis 17. August hielt die Internationale der Schuh- und Lederarbeiter in Stockholm ihren 5. Kongreß ab. Anwesend waren 45 Vertreter. Die Internationale zählt 31 angeschlossene Verbände mit 314 152 Mitgliedern in 16 Ländern. In seinem Bericht ging der internationale Sekretär, Genosse J. Simon, besonders auf das für die Schuh- und Lederindustrie so wichtige Rationalisierungsproblem ein. Er nahm ferner Stellung gegen die in verschiedenen Ländern bestehenden Schutzollgesetze und berichtete über die gegen die tschechische Schuhfabrik Bata eingeleitete internationale Bewegung, die eine gute Wirkung ausgeübt hat. Dieser Kampf soll fortgesetzt werden, bis für die Arbeiter der Bata-Fabriken volle Organisationsfreiheit erkämpft ist. — Im Hinblick auf die fortschreitende Rationalisierung in der Schuh- und Lederindustrie und die hierdurch hervorgerufene große Arbeitslosigkeit fordert der Kongreß die angeschlossenen Organisationen auf, den Achtstundentag zu schützen und soweit als möglich die außerordentlich schädliche Überarbeit abzuschießen. Außerdem werden die angeschlossenen Organisationen verpflichtet, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Einführung der 44-Stundenwoche vorzubereiten.

Einen breiten Raum nahm bei den Verhandlungen die Stellungnahme des Kongresses zur kommunistischen Spaltungswelle und zur Agitation der Russen in den skandinavischen Ländern ein. Diese Agitation, die allgemein verurteilt wurde, hat nur wenig Erfolg gehabt. Eine vom finnischen Verband in diesem Zusammenhange eingereichte 'Einheits'-Resolution wurde vom Kongreß gegen 5 Stimmen verworfen. Abgelehnt wurde ferner mit 20 gegen 19 Stimmen ein Antrag, die internationalen Kongresse künftig jedes dritte (anstatt wie bisher jedes zweite) Jahr abzuhalten. Als internationaler Sekretär wurde J. Simon wiedergewählt.

Aus Sowjetrußland

Die „ununterbrochene Produktionswoche“

Am 27. August hat der Rat der Volkskommissare das Dekret über die Einführung der ununterbrochenen Arbeitswoche in den Werken und Behörden der Sowjetunion veröffentlicht. Die ganze Sowjetpresse bespricht dieses Dekret eingehend. So weist die Prawda (Nr. 196) darauf hin, daß dieses Dekret „für unser Land ein Ereignis von größter politischer und wirtschaftlicher Bedeutung darstellt und vor allem eine Beschleunigung der Industrialisierung des Landes zur Folge haben wird. Die Durchführung der ununterbrochenen Arbeitswoche wird eine Erhöhung der industriellen Erzeugung um 20 vH nach sich ziehen. Schon im ersten Jahr ist mit einer Produktionssteigerung von etwa 4 vH zu rechnen. — Daß auch die staatlichen Behörden auf die ununterbrochene Arbeitswoche umgestellt werden, wird zweifellos von der Bevölkerung mit besonderer Genugtuung begrüßt werden.“

Schließlich geht die Prawda auf die kulturelle Bedeutung des Dekrets ein und weist darauf hin, daß hiermit eine völlige Beseitigung aller Sonn- und kirchlichen Feiertage als Ruhetage erzielt wird, wodurch der Kirche und der Religion ein gewaltiger Schlag versetzt wird. Seit dem Erscheinen des Dekrets über die Trennung von Staat und Kirche ist der religiösen Herrschaft während des Bestehens der Sowjetmacht kein so schwerer Schlag versetzt worden wie durch das Dekret vom 27. August 1929. Dadurch, daß die Ruhetage für die Gesamtheit der Arbeiterschaft nunmehr nicht auf einen Tag in der Woche entfallen, sondern jeden Tag ein Stübel der Belegschaft feiert, wird auch die Kulturarbeit ungemein erleichtert werden. — Zum Schluß wird allerdings darauf hingewiesen, daß sich „Elemente finden werden, die das neue Dekret als eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse hinstellen werden. In der Tat sind solche Stimmen innerhalb unserer eingefleischten Bürokraten und im rechtsoppositionellen Lager bereits laut geworden. Die Partei muß daher eine intensive Aufklärungsarbeit innerhalb der breiten Arbeitermassen entfalten.“

Ob die erwarteten günstigen Auswirkungen der ununterbrochenen Arbeitswoche in bezug auf die Steigerung der industriellen Erzeugung tatsächlich eintreten, bleibt fraglich. Voraussetzung wäre doch, daß der maschinelle Apparat der Industrie, der bei der ununterbrochenen Arbeitswoche unvergleichlich stärker in Anspruch genommen werden wird, rechtzeitig und in vollem Umfange erneuert werden kann. Ob die finanzielle Möglichkeit einer solchen Erneuerung aller abgenutzten Produktionsmittel gegeben sein wird, kann mit Recht bezweifelt werden bei der mangelhaften finanziellen Lage der Industrie. Auch in bezug auf die rechtzeitige Beschaffung der Rohstoffe sind Zweifel berechtigt.

Lohnerfolge der tschechischen Metallarbeiter

J. B. Die günstige Wirtschaftslage des Vorjahres in der tschechischen Metallindustrie hat jetzt einen Rückschlag erlitten. Zwar ist die Eisen- und Rohstahlerzeugung immer noch aufsteigend, doch macht sich besonders in den mittleren und kleineren Maschinenfabriken eine gewisse Einschränkung bemerkbar, die bis jetzt zwar keine ausgesprochene Krise ist, aber doch hemmend wirkt.

Gleichwohl hat der Metallarbeiterverband in Anbetracht der ständig steigenden Teuerung, die in erster Linie durch die agrarische Zollpolitik herbeigeführt wird, Lohnforderungen gestellt. Eine Erhöhung der Mindestlöhne fand nicht statt, da die meisten Verträge erst mit Jahresende ablaufen, doch wurden für nahezu alle Metallarbeiter Teuerungsaushilfen erzielt. Diese Aushilfen sind ein beliebtes Mittel, Lohnerhöhungen zu entgehen. Sie werden meist so gewährt, daß der Durchschnittsverdienst für eine bestimmte Anzahl von Stunden gezahlt wird. So würde die große allgemeine Bewegung des Vorjahres, die zum Abschluß des noch jetzt geltenden Vertrages führte, mit einer Lohnerhöhung von 5 vH abgeschlossen, dazu kam eine Teuerungsaushilfe in der Höhe von 72 Stundendurchschnittsverdiensten.

Nunmehr wurde für die mittelböhmische Industrie, die die Industriegebiete von Prag, Pilsen, Königgrätz und Jungbunzlau umfaßt, eine Vereinbarung geschlossen, wonach am Anfang des Juli eine Aushilfe in der Höhe von 48 Stunden zur Auszahlung gelangte, während im Dezember eine weitere von 24 Stunden bezahlt werden wird. Da die mittelböhmischen Vereinbarungen gewöhnlich auch für die übrigen Gebiete wegleitend sind, konnte hier eine ähnliche Vereinbarung getroffen werden, so daß nunmehr wieder rund 180 000 Metallarbeiter in der Tschechoslowakei ihren Durchschnittsverdienst für 72 Stunden als Aushilfe bekommen. Das bedeutet eine Lohnerhöhung von rund 3 vH, die allerdings den Nachteil hat, daß sie nur einmalig ist und späterhin aufs neue erungen werden muß. Der Gesamtbetrag der so erzielten Aushilfen kann mit rund 60 Millionen Kronen veranschlagt werden. Dieses Jahr war die Auszahlung insofern besonders günstig, als sie meistens in die Ferienwoche fiel. Vertragsgemäß haben nämlich alle Metallarbeiter des mittelböhmischen Vertragsgebietes Anspruch auf einen bezahlten Urlaub von acht Tagen, der in den großen Betrieben in der ersten Juliwoche gemeinsam angetreten wird. Die Arbeiter erhielten hier also mehr als den doppelten Wochenlohn, was ihre Urlaubsfreude sicherlich gesteigert hat.

Es ist zu bemerken, daß sich die Organisationsverhältnisse des tschechischen Metallarbeiterverbandes ständig verbessern, besonders machen sich die Auswirkungen des völligen organisatorischen Zusammenbruchs der Kommunisten bemerkbar. Viele Hunderte der irreführten Arbeiter sind bereits in die Mutterorganisation zurückgekehrt und ständig folgen ihnen weitere nach. Besonders erfreulich ist, daß der Verband nun auch wieder in dem Industriegebiet von Mährisch-Osttrau eine Stellung festigen konnte und einen erheblichen Teil der Arbeiter der großen wittkowitz Eisenwerke erfaßt hat. Im Laufe eines Jahres stieg dort die Zahl der Organisierten um 1000; der wittkowitz Bezirk zählt nun wieder über 8000 Mitglieder, nachdem er eine Zeitlang auf knapp 4000 zusammengeschrumpft war. Immerhin gibt es dort noch mindestens 3000 Unorganisierte.

Dieser Tage verhaftete die Staatspolizei den kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden der prager Eisenindustriege-

sellschaft in Kladno und führte ihn nach Prag ab, wo er eine dreiwöchige Arreststrafe zu verbüßen hat. Gleichzeitig entließ ihn die Firma eben wegen dieser Strafe, ohne daß sich auch nur ein Arbeiter in dem mehrheitlich kommunistischen Großbetrieb — er beschäftigt gegen 10 000 Arbeiter — zum Schutze des Vertrauensmannes gerührt hätte. Auch die Verurteilung selbst, die wegen der Verlesung einer der üblichen kommunistischen Entschließungen anläßlich der Maifeier erfolgt war, fand unter seinen Angehörigen keinerlei Widerhall. Die Kommunisten sind eben nur dann groß, wenn es gegen die eigenen Klassengenossen geht; gegenüber der Staatsgewalt und den Unternehmern kleiden sie sich in das Gewand der verfolgten Unschuld und beschränken sich auf weinerliche Proteste in ihren Zeitungen. Danach werden sie auch behandelt. Es ist an der Zeit, daß diese Schande der Arbeiterbewegung verschwindet und die Arbeiterschaft sich in starken, einheitlichen Organisationen ihr Recht erkämpft.

Lohnverträge der Metallarbeiter in Italien

Im Monat Juli sind in Italien die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Metallarbeiter in den Hauptindustrieorten für zwei Jahre vertraglich geregelt worden. Die Verträge sind angeblich durch Vertreter der Unternehmerorganisationen und der Arbeitervereinigungen vereinbart worden. Das trifft zu, soweit es die Unternehmerorganisationen angeht, aber nicht auf die Vereinigungen der Arbeiter, denn deren Vertreter sind höhere Beamte, die vom Staat ernannt werden, dann Rechtsanwälte ohne Prozesse, Buchhalter ohne Kunden usw.

In all diesen Verträgen ist die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden festgesetzt, Sonn- und Feiertage ausgenommen. In verschiedenen Fällen werden noch bezahlte Werktagserien vorgesehen. Um die Mindeststundenlöhne in Gruppen festzulegen, sind die Arbeiter nach Berufsschwierigkeiten und Tüchtigkeit in 8 Gruppen eingeteilt worden. Die Gruppen sind aus der folgenden Lohnstufenliste zu ersehen.

Spezialisten	3,05 Lire = 0,68 Mk.
Qualifizierte Arbeiter	2,50 = 0,55
Spezialisten-Hilfsarbeiter	2,15 = 0,48
Gewöhnliche Hilfsarbeiter	2,10 = 0,46
Lehrlinge (18—20 Jahre alt)	1,45 = 0,32
Lehrlinge (16—18 Jahre alt)	1,25 = 0,28
Spezialisten-Frauen	1,35 = 0,30
Gewöhnliche Frauen	1,10 = 0,24
Burschen und Mädchen	0,75 = 0,17

Für Überstunden wurde vereinbart für die Spezialisten eine Lohnerhöhung von 45 vH, für alle anderen Gruppen eine von 35 vH. Nach diesem Abkommen dürfen die Löhne der Arbeiter, die bereits mehr als die vereinbarten Mindestsätze verdienen, nicht gekürzt werden; aber den Unternehmern ist das Recht eingeräumt worden, bis zu 3 vH der Belegschaft niedrigere Löhne als die festgesetzten zu zahlen, damit sie nicht gezwungen sind, alte Arbeiter zu entlassen, die nicht mehr imstande sind, die vertraglichen Sätze zu verdienen.

